



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **14. Sitzung (öffentlich)**

3. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:06 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1 Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der EUREGIO (Präsentation s. Anlage 1)</b>	<b>6</b>
– Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt und grenzüberschreitendes Wirtschaften und Arbeiten in Zeiten des Fachkräftemangels	
– Energieversorgung, Energieinfrastruktur	
– Bildung	
<b>2 Gespräch mit dem Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel und der Repräsentantin der NRW.Global Business in Israel zur aktuellen Situation in Israel</b>	<b>28</b>

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 42**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5000

Einzelplan 02  
im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses  
Vorlage 18/1429  
Vorlage 18/1786

Vorlage 18/1763  
(u. a. relevante Kapitel im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Internationales)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zu Einzelplan 02 ab. Die Änderungsanträge sowie die Abstimmungsergebnisse sind Vorlage 18/1910 zu entnehmen.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 – Zuständigkeit des Ausschusses – in nicht geänderter Form mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD, die restliche Viertelstunde weiter zu beraten.

**4 Den europäischen Katastrophenschutz durch NRW-Initiativen stärken – Nordrhein-Westfalen muss sein Schweigen brechen und weiter europäische Solidarität zeigen! 51**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/6365

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung zu dem Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/6365 durchzuführen.

- 5 Strom- und Energielieferung innerhalb der europäischen Grenzen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **52**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1813
- Wortbeiträge
- 6 Anerkennungsverfahren von Berufsabschlüssen aus Drittstaaten** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **53**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1819
- Wortbeiträge
- 7 Einstein-Teleskop – Inhalt der Absichtserklärung** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4]*) **54**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1826
- Wortbeiträge
- 8 Arbeit des EMRIC bei Überschwemmungen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5]*) **56**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1825
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1825 zur Kenntnis.
- 9 Reisebericht Ungarn** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **57**
- keine Wortbeiträge
- Die Beratung wird verschoben.

- 10 Aktueller Umsetzungsstand der Vereinbarungen NRWs mit ausländischen Staaten** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **58**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1828
- keine Wortbeiträge
- Die Beratung wird verschoben.
- 11 Missionen im Rahmen des EU-Forschungsförderprogramms Horizont Europa** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **59**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1820
- keine Wortbeiträge
- Die Beratung wird verschoben.
- 12 Überarbeitete Eine-Welt-Strategie der Landesregierung?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **60**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1827
- keine Wortbeiträge
- Die Beratung wird verschoben.
- 13 Verschiedenes** **61**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße alle Ausschussmitglieder und Gäste zur 14. Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales.

Ich begrüße herzlich von Seiten des Ministeriums den Minister und Chef der Staatskanzlei, Herrn Nathanael Liminski, und Herrn Staatssekretär Dr. Speich. Mein Gruß geht auch an die weiteren Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie der Presse.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Nummer 18/526 – 2. Neudruck – zugegangen. Gibt es dagegen Einwände? – Das sehe ich nicht. Dann ist die so beschlossen.

Ich möchte ich Sie noch darüber informieren, dass wir heute folgende Gäste haben: Ich begrüße zu unserem ersten Tagesordnungspunkt ganz herzlich die Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Euregios. Wir werden in TOP 2 – Israel – Gäste haben, Herrn Dr. Yaron, der das NRW-Büro in Tel Aviv leitet, und die Repräsentantin der NRW.Global Business, der Außenwirtschaftsgesellschaft für Israel, Frau Mara Weinblatt. Sie wird digital aus Wien zugeschaltet.

## 1 Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der EUREGIO (Präsentation s. Anlage 1)

- Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt und grenzüberschreitendes Wirtschaften und Arbeiten in Zeiten des Fachkräftemangels
- Energieversorgung, Energieinfrastruktur
- Bildung

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben, dem Ausschuss schwerpunktmäßig Einblick in Ihre Arbeit zu geben und uns für Fragen zur Verfügung zu stehen. Wir haben für den Tagesordnungspunkt etwa eine Stunde vorgesehen.

Im Vorfeld gab es schon ein paar Absprachen. Wir hatten auch Themenwünsche adressiert: grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, grenzüberschreitendes Wirtschaften und Arbeiten in Zeiten des Fachkräftemangels oder die Energieversorgung/Energieinfrastruktur und Bildung, frühkindliche Bildung und Schule und generell die Arbeit der Euregios.

Sie waren so freundlich und haben eine Präsentation – vgl. **Anlage** zu diesem Protokoll – mitgebracht. Ich würde sagen, ich weiß jetzt nicht, wer von Ihnen die erste macht? – Dann, bitte schön: The floor is yours. Wir sind gespannt.

**Maïke Hajjoubi (Euregio Rhein-Maas Nord):** Guten Morgen zusammen. Bonjours, Mesdames es Messieurs. Van harte welkom. Bedankt voor de uitnodiging. Wir sind hier heute mit diversen Kollegen der Euregios aus drei verschiedenen Ländern, den Niederlanden, Deutschland und Belgien, vertreten. Ich habe die Ehre, Ihnen kurz eine Einführung zu den vier Euregios entlang der nordrhein-westfälischen Grenze zu geben. Meine Kollegen werden dann tiefer auf die verschiedenen Themen, die gerade schon genannt worden sind, eingehen.

Ganz kurz: Wir haben fünf Euregios entlang der deutsch-niederländischen und belgischen Grenze, wovon vier eine NRW-Beteiligung haben. Sie sehen es auf der Karte: die Ems-Dollart-Region ganz oben grenzt ausschließlich an Niedersachsen. In Gronau die EUREGIO, in Kleve die Euregio Rhein-Waal, in Mönchengladbach die Euregio Rhein-Maas-Nord, die ich selbst heute vertrete, und die Euregio Maas-Rhein in Eupen, in Belgien.

Ziele und Aufgaben der Euregios: Wir setzen uns jeden Tag mit Herzblut dafür ein, grenzüberschreitende Hindernisse abzubauen, Hindernisse im Grenzraum. Und das sind verschiedenste Hindernisse. Ob es Leben, Arbeiten, Studieren oder eine Unternehmung auf der anderen Seite der Grenze Betreiben betrifft: Wir versuchen, alle Grenzhindernisse, die bei uns vorkommen, aus dem Weg zu räumen und sind dabei natürlich auch auf diverse Regierungen angewiesen.

Weiterhin arbeiten wir jeden Tag daran, die Identität des Gebiets als zusammenhängende Region zu stärken, setzen uns dafür ein, dass es als zusammenhängende Region wahrgenommen wird, und wir bieten eine Plattform für grenzüberschreitende Zusam-

menarbeit. Da betreiben wir auch viel Lobbyarbeit, machen auf Problematiken aufmerksam. Vielleicht haben Sie schon einmal den einen oder anderen Lobbybrief von uns gesehen. Gerade in der Coronazeit gab es eine sehr enge Zusammenarbeit auch mit der Staatskanzlei. Wir vertreten sehr viele Kommunen entlang der deutsch-niederländischen Grenze und kriegen dadurch relativ schnell gut mit, was die Probleme sind, die im Grenzraum herrschen.

Wir haben aber auch eigene grenzüberschreitende Projekte, die wir initiieren, gerade auch im Bereich Bildung. Da werden Sie gleich ein paar Beispiele hören. Aber auch die GrenzInfoPunkte sind ein wichtiges Thema, die die Euregios betreiben. Auch das Interreg-Programm ist bei den Euregios angesiedelt. Wir haben das Programmmanagement in den verschiedenen Euregios und arbeiten eng mit den Interreg-Programmen zusammen. Die GrenzInfoPunkte sind ebenfalls bei uns zuhause. Jede Euregio hat mindestens einen GrenzInfoPunkt. Sie sehen hier auf der Karte: Wir sind natürlich nicht der einzige Grenzraum, wenn man Deutschland als Gesamtes betrachtet. Aber wir repräsentieren den deutsch-niederländisch-belgischen Grenzraum.

Vier Folien, jeweils eine für eine Euregio. Für die EUREGIO in Gronau ist Herr Almering, der Geschäftsführer, heute vertreten und wird Ihnen gleich etwas zum Thema „Arbeitsmarkt“ auf Wunsch der Mitglieder des Ausschusses erzählen. Diese Euregio ist die älteste Euregio, besteht aus 128 Mitgliedern, vor allem Kommunen, aber auch Kreisen und Wasserverbänden. Flächenmäßig ist es die größte Euregio, wenn man die Ems-Dollart-Region außen vorlässt, mit insgesamt 3,5 Millionen Einwohnern im Gebiet.

Dann folgt geografisch gesehen darunter die Euregio Rhein-Waal. Geschäftsführer Andreas Kochs, der neben mir sitzt, vertritt die Euregio Rhein-Waal mit insgesamt 4,2 Millionen Einwohnern. Sie sehen hier noch ein paar Zahlen zu den Grenzgängern, die aus der Euregio Rhein-Waal vorliegen, und zu den Hochschulen, Arbeitsplätzen, Unternehmen; ein paar Key Facts zu dieser Euregio.

Meine eigene Euregio, die Euregio rhein-maas-nord, ist flächenmäßig die kleinste, aber von den Einwohnern und der Bevölkerungsdichte her die am dichtesten bevölkerte Euregio – von oben Kreis Kleve bis unten Kreis Heinsberg mit insgesamt 24 Kreise, Städten, Gemeinden und den IHKs.

Und dann, last, but not least, ganz im Süden die Euregio Maas-Rhein, die einzige transnationale Euregio mit Belgien dabei, ist etwas anders strukturiert, nicht so kommunal organisiert wie die anderen Euregios, sondern mehr regional organisiert mit fünf verschiedenen Partnerregionen aus drei verschiedenen Ländern und ca. 4 Millionen Einwohnern. Und auch hier noch ein paar Key Facts zur Euregio.

Inhaltlich ist die Arbeit, die wir betreiben, überall vergleichbar. Alle Themen, die auch in der Politik ankommen, haben fast immer auch einen grenzüberschreitenden Aspekt im Grenzraum. Sie sehen hier einige Beispiele, die eigentlich für alle Euregios gelten. All diese Themen, die hier genannt sind, werden von uns als Euregios in allen Gebieten gespielt. Dazu haben wir regionale Ausschüsse, die mit den Oberbürgermeistern oder Beigeordneten besetzt sind, die sich regelmäßig treffen zu diesen Themen.

Damit gebe ich das Wort weiter an Herrn Almering.

**Christoph Almering (EUREGIO Gronau/Enschede):** Vielen Dank, Maie. Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt und Wirtschaft, vor allem vor dem Hintergrund der Herausforderung, die sich auf allen Seiten der Grenze stellen, nämlich Fachkräftemangel und „Neue Mobilität“: Das ist mein Thema, das ich Ihnen gerne in aller Kürze etwas näherbringen möchte. Es ist natürlich ein ganz wichtiges Thema. Wenn wir hier über die deutsch-niederländische Grenze sprechen, sprechen wir über einen wichtigen Wirtschaftspartner Nordrhein-Westfalens.

Sie sehen hier ein paar Zahlen (S. 9 der Präsentation), die zwar etwas älter sind, aus dem Jahr 2018, die aber auch in diesem Jahr in Brüssel auf einer großen Konferenz vorgestellt wurden, die zeigen, wie viele Pendler wir tatsächlich haben. Sie sehen, fast 43.000 Arbeitnehmer pendeln aus Nordrhein-Westfalen in die Niederlande. Umgekehrt sind es 9.240 nach Deutschland, davon allein 7.980, also fast 8.000, nach Nordrhein-Westfalen. Das Potenzial, das wir hier haben, ist deutlich größer.

Es gibt eine Studie, die einmal untersucht hat, wie es wäre, wenn wir einen 360-Grad-Arbeitsmarkt – so nennen wir ihn, wenn er komplett im Kreis funktionieren würde – hätten. Er geht davon aus, dass der Anteil der Grenzgänger an den Erwerbstätigen statt 0,8 % ohne Hemmnisse 8,36 % betragen würde. Das ist eine gewaltige Zahl, die beeindruckt und die die Frage mit sich bringt: Was bringt uns das am Ende, wenn wir diese Zahl erreichen würden? Wir haben auf beiden Seiten der Grenze – Belgien mitgenommen –, in allen drei Ländern auch einen Fachkräftemangel. Gleichwohl müssen wir sehen, dass wir deutlich bessere Chancen hätten, passgenaue Lösungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu finden, womit wir die Wirtschaft stärken würden, wenn also der Arbeitsmarkt größer wäre, wenn wir den Arbeitsmarkt nicht mehr mit dem Rücken zur Grenze betrachten würden, sondern im Ganzen.

Das Ganze ist geprägt im Moment auf beiden Seiten der Grenze durch das Schlagwort „Neue Mobilität“. Das Thema Work-Life-Balance rückt gerade bei jungen Arbeitskräften immer mehr in den Vordergrund. Homeoffice ist ein Riesenthema, das auch rechtlich viele Fragestellungen mit sich bringt.

Nach einer Untersuchung sind drei Viertel der Beschäftigten bereit oder möchten es auch gerne, zumindest teilweise weiter im Homeoffice zu arbeiten. Das Ganze bringt eine Reihe von Fragestellungen mit. Wir hatten die besondere Situation, dass wir durch Ausnahmeregelungen in der Coronakrise ein relativ freizügiges mobiles Arbeiten, im Prinzip sogar die Pflicht zum Homeoffice hatten. Mit Auslaufen der Sondergenehmigung verschwand das Ganze wieder ein bisschen, weil die Sozialversicherungsregelungen, die steuerrechtlichen Regelungen, vor allem aber auch arbeitsrechtliche Regelungen Hemmnisse darstellen. Sie machen uns durchaus noch zu schaffen. Da brauchen wir Regelungen, um zuverlässiges mobiles Arbeiten auch über die Grenze möglich zu machen. Wir sind da im Kontakt unter anderem mit dem Bundesministerium in Berlin, haben im nächsten Jahr auch eine große Veranstaltung dazu. Hier haben wir viel Luft nach oben und eine Menge Herausforderungen, um das weiter zu verbessern.

Ein ganz wichtiges Instrument, um einen 360-Grad-Arbeitsmarkt wirklich funktionieren lassen zu können, sind unsere GrenzInfoPunkte. Davon haben Sie sicherlich gehört. Sie werden in Zukunft auch noch mehr davon hören, weil es an dieser Stelle immer

um Finanzierung gehen. Die GrenzInfoPunkte sind bis 2025 zunächst einmal auf niedersächsischer Seite finanziert – unsere Euregio hat auch einen Teil in Niedersachsen. Da laufen gerade die Verhandlungen, das wird jetzt aber sicher weitergehen und bis 2025 verlängert werden. Ab da werden die Karten neu gemischt.

Die GrenzInfoPunkte waren, wie Sie wissen, gerade in Coronazeiten ein unverzichtbares Instrument am Arbeitsmarkt und auch eine Beratungsstelle für Bürger, im Prinzip die zentrale Kommunikations- und Informationsdrehscheibe für die Menschen in den Grenzregionen, wenn es darum geht: Was darf ich eigentlich? Was sagen die Verordnungen? Kann ich so rüberfahren zur Arbeit, kann ich meine Familienmitglieder pflegen und so weiter? Hier waren wir mit den Regierungen in Düsseldorf, in Hannover, in Den Haag, in Brüssel wirklich immer in sehr engem Kontakt.

Was aber wichtig ist angesichts der Krisenzeiten: Wir brauchen die GrenzInfoPunkte auch in Zukunft, um Grenzgänger, um Familienangehörige, um Studierende, aber auch um Rentner und Pensionäre gut zu beraten. Denn es gibt nach wie vor unfassbar viele Fragestellungen und einen großen Bedarf bei den Menschen in den Grenzregionen, sich beraten zu lassen. Die Übersicht aus dem Jahr 2022 (Folie S. 11) macht deutlich – ich weiß nicht, ob Sie das lesen können –, wie viele Menschen wir tatsächlich beraten haben. Consultaties, also Beratungen, da gab es allein 31.071 Kundenkontakte; „klientcontact“ sind Kundenkontakte, 235 Gruppenkontakte, also größere Beratungen, zum Beispiel größer angelegte Sprechstunden, auch mit anderen Partnern, etwa aus den Steuerbehörden, Finanzbehörden und so weiter. Die Verteilung nach Wohnsitzstaat mit dem betreffenden Bundesland sehen Sie darunter. Auch das ist relativ ausgewogen.

Eine beeindruckende Zahl, wie ich finde, sehen Sie darunter, die die Webseite betrifft. Die Webseite wird zunehmend zu einem wichtigen Instrument unserer GrenzInfoPunkte, 2,5 Millionen Treffer. Das ist also die Anzahl, wie oft die Seiten angeklickt wurden, allein durch fast 723.000 individuelle Besucher nur im Jahr 2022. Das ist eine beeindruckende Zahl.

Ganz rechts sehen Sie auch, wie sich das dann niederschlägt: Die Webseite ist tatsächlich für viele der erste Kontakt zu den GrenzInfoPunkten. Von da an geht es dann tatsächlich weiter in die verschiedenen Beratungsthematiken, die Sie da in dem großen Kreis in der Mitte sehen. Natürlich belastung, also Steuerfragen, und Sociale Zekerheid, also Sozialversicherungsfragen. Das sind sicherlich große Themen, Pensionen, Renten natürlich auch und viele andere Dinge. Umzug, Verhuizing, spielte mit 5 % da noch eine große Rolle.

Vielleicht noch mal ein Blick, um das noch mal konkret zu machen, was wir exemplarisch in Projekten und Aktivitäten tun: Das Thema „Arbeitsmigranten“ war auch in den Medien sehr präsent, insbesondere die Ausbeutung von Arbeitsmigranten. Wir haben hier ein Interreg-Projekt auf den Weg gebracht, um die Ausbeutung von Arbeitsmigranten zu verhindern. Denn das sind teilweise wirklich extrem prekäre Situationen, die wir dort vorfinden. Beispielhaft seien genannt Mitarbeiter aus Südosteuropa in niederländischen Schlachtbetrieben, die unter Mindestlohn arbeiten, dann in sehr prekären Verhältnissen auf deutscher Seite untergebracht werden. Da machen sich die schwarzen Schafe am Markt vor allem die Grenze zunutze.

Nach dem deutschen Meldewesen hat man drei Monate Zeit, um sich zu melden. In der Zeit werden die Arbeitsmigranten wieder umgesetzt und in anderen Einrichtungen untergebracht. Und der Austausch über die Grenze, was Daten betrifft, ist sehr mangelhaft.

Hier haben wir viele Ansatzpunkte identifiziert, die uns dazu bewogen haben, ein Interreg-Projekt aufzusetzen. Es gab seit Projektbeginn im Juni 2023 bereits mehrere durchgeführte Wohnraumkontrollen. Das wird sehr intensiv gemacht. Das Thema „Sicherheit“ spielt hier eine ganz große Rolle, soll auch demnächst noch fortgesetzt werden. Dazu vielleicht später in der Diskussion mehr zu. Das geschieht unter anderem mit Beteiligung der niederländischen Arbeitsinspektion. Das hat es in dieser Form noch nicht gegeben, ist aus unserer Sicht sehr wichtig. Wir bereiten gerade weitere Runde Tische vor – der erste hat in dieser Woche stattgefunden –, um wirklich zu schauen: Wie können wir den Informationsaustausch an der Stelle weiter fördern? Wenn Sie da Fragen zu haben, wie das Ganze noch funktioniert, was die nächsten Schritte sind, kann ich da gleich im Diskussionsteil sicherlich noch mehr zu sagen. – Das in aller Schnelle zum Thema Arbeitsmarkt und Wirtschaft. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. Ich würde sagen, wir hören die Präsentationen direkt hintereinander und diskutieren dann im Zusammenhang. Ich weiß aber nicht, wer von Ihnen jetzt weitermacht. – Herr Kochs, bitte.

**Andreas Kochs (Euregio Rhein-Waal):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass wir auch zu dem Thema „Energieversorgung, Infrastruktur“ etwas sagen dürfen. Für uns als Euregios sind das natürlich Themen, die uns tagtäglich begegnen. Uns stellt das auch vor gewisse Herausforderungen. Grundlage für diese nicht gerade triviale Fragestellung sind auf der einen Seite vom Land NRW die Koalitionsvereinbarungen, die vor dem Hintergrund geschlossen wurden, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarn gerade im Bereich Klima und Energie intensiviert werden soll. Damit das Ganze gelingt, muss sichergestellt werden, dass die Importrouten über die niederländischen und belgischen Seehäfen, gerade was das Thema „Wasserstoff“ angeht, gesichert werden.

Ich habe Ihnen auch einige Beispiele mitgebracht, ausgehend von unserer nördlichen Nachbar-Euregio, der Euregio Gronau, bis hinunter zur Regio Rhein-Maas-Nord, um exemplarisch zu zeigen, welche Arten von Beispielen des Energieaustausches im Bereich Strom und Wärme derzeit vorliegen. Da gibt es zum einen im nördlichsten Teil die Gemeinde Winterswijk. Hier geht es um einen Anschluss eines geplanten Solarparks an einen bestehenden deutschen Solarpark bzw. Windpark in Vreden. Hier muss man sich vorstellen: Wir sprechen über sehr geringe Entfernungen.

Weiter geht es in Richtung Süden. Die Gemeinde Montferland hat Ähnliches vor. Hier geht es auch um die Verbindung und Konnektivität von Windkraftanlagen. In der Gemeinde Weeze und auf der niederländischen Seite der Gemeinde Bergen, im Bereich der Euregio Rhein-Waal, geht es auch wieder um die Verbindung von Windkraft- und Solaranlagen. Das Ganze geht weiter im Süden, Gangelt-Beekdaelen, hier geht es um

ein anderes Thema, einen gemeinsamen Landankauf, um grenzüberschreitend ein Energieprojekt voranzutreiben.

Dann gibt es noch die Gemeinde Roermond. Hier gibt es auch die Planung eines grenzüberschreitenden Energie- und Gewerbeparks in Elmt. Zuletzt verweise ich auf ein Thema, das vor allem den Wärmeaustausch betrifft. Hier ist die Firma St. Gobain, Glasfabrikant, in Herzogenrath zu nennen, die eine entsprechend große Menge an Restwärme produziert, die sie möglicherweise auch in den Niederlanden absetzen kann. Aber hier gibt es gewisse Herausforderungen, denen wir uns gegenübergestellt sehen. Aber dazu gleich noch mehr.

Das Thema „Wasserstoff“: Ihnen sind mit Sicherheit die Korridore bekannt. Wir haben zum einen den Delta-Rhein-Korridor, der sehr wichtig ist. Er führt von Rotterdam über das Gebiet Chemelot (Sittard-Geleen) bis ins Rheinische Revier. Er ist deshalb wichtig, weil hierdurch der Import und Export für den Wasserstoff gewährleistet werden sollen. Ferner gibt es noch die Infrastrukturprojekte „H2ercules“ und GET H2 zwischen Lingen, Gelsenkirchen und Duisburg. Hier geht es darum, den Wasserstoff in die energieintensive Wirtschaft zu führen, also Raffinerien, Stahl- und Chemieindustrie.

Nicht zuletzt nenne ich im Bereich Belgien die Gemeinde Eynatten. Dort beginnt die Pipeline Richtung Köln-Porz. Hier sind die Ihnen bekannten Industrieschwerpunkte Chemie zu nennen, die sich im Rheinischen Revier bzw. auch im Kölner Raum befinden.

Was bedeutet das nicht zuletzt für Hindernisse und Chancen? Wir stellen fest, dass der grenzüberschreitende Stromaustausch aktuell nur dadurch möglich ist, dass es über die internationalen Hochspannungsnetze läuft. Konkret heißt das, dass, wenn lokal Energie erzeugt wird – Stromkraft, Windkraft – man diese Energie nicht direkt in die nationalen Netze einspeisen kann. Das wäre lediglich eine Stütze, wenn es darum geht, den Netzausbau nicht zu sehr zu intensivieren, sprich: da gewisse Vorteile draus zu ziehen, die Netze etwas zu entlasten. Aber da gibt es noch technische Hürden. Möglich ist lediglich, Direktleitungen zwischen Windparks auf lokaler Ebene mit einem direkten Abnehmer auf lokaler Ebene vorzunehmen. Das sind Möglichkeiten, die es anscheinend gibt. Aber wir sehen hier erheblichen Handlungsbedarf, der nicht auf Landesebene gelöst werden kann, sondern das ist auf Bundesebene zu lösen. Hier benötigen wir auch Ihre Hilfe. Unser Appell geht dahin, dass Sie nach Möglichkeit hier noch unterstützen sollten.

Ich möchte es hierbei belassen und stehe Ihnen nachher für Fragen zu Verfügung. – Danke schön.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ganz herzlichen Dank. Und, finally.

**Michael Dejozé (Euregio Maas-Rhein):** Sehr geehrte Damen und Herren! Erst mal möchte ich mich bedanken dafür, dass einige von Ihnen den Weg auf sich genommen haben, uns in Eupen zu besuchen und sich vor Ort ein Bild über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu machen. Es freut mich sehr, so viele von Ihnen heute hier wiederzusehen.

Wir haben eingangs vom grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt gesprochen. Ein grenzüberschreitender Arbeitsmarkt ist direkt abhängig von der Qualität und den Möglichkeiten, die Bildung mit sich bringt. Ich glaube, das eine ist eine logische Konsequenz des anderen. Deswegen sind wir in den Grenzregionen schon seit vielen Jahren damit beschäftigt, Bildungsthemen grenzüberschreitend nach vorne zu bringen. Ich denke dabei an Sprachthemen, ich denke aber auch vor allem an Themen wie interkulturelle Kompetenz und ähnliches.

Es ist nicht ausreichend, einander zu verstehen. Man muss auch verstehen, wie – wenn man eine Firma hat, beispielsweise im Dreiländereck – die Funktionsweise von Belgien oder den Niederlanden im Vergleich zur Funktionsweise innerhalb Deutschlands aussieht. Sich zu bewerben in den Niederlanden, ist etwas anderes, als sich in Belgien oder in Deutschland zu bewerben. Diese interkulturellen Kompetenzen – das haben wir festgestellt – sind auch ein essenzieller Baustein für einen besser funktionierenden grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt. Damit beschäftigen wir uns als Euregios schon seit vielen Jahren intensiv.

Ich möchte Ihnen das anhand eines Beispiels verdeutlichen, das wir in den letzten Jahren realisiert haben, um einmal zu zeigen, wo man da auch ansetzen kann. Wenn Sie Lehrkräfte auffordern, mehr grenzüberschreitende Dinge zu unterrichten, beispielsweise interkulturelle Kompetenz, Nachbarsprachen oder ähnliches, hört man auch oftmals: Wir haben schon so viel, keine Zeit. Es ist sehr arbeitsintensiv. Können Sie uns dabei denn irgendwie helfen? Wir haben es mal andersherum gemacht: Statt ein Projekt vorzuschlagen, haben wir die Lehrkräfte einfach mal gefragt: Wo drückt denn der Schuh? Warum lernen wir nicht mehr Sprachen? Warum gehen wir nicht mehr ein auf gemeinsame Geschichte oder interkulturelle Kompetenz? Oftmals mangelt es an Kleinigkeiten. Wir haben versucht, denen in Projekten entgegenzuwirken.

Ein essenzieller Baustein dabei, den Sie entlang der ganzen Grenze sehen können – das erkennen Sie an der Grafik an der Karte unten links (Folie 17) –, sind sogenannte Euregioprofilschulen. Euregioprofilschulen sind Schulen, die von uns, von den Grenzregionen gelabelt werden, um auf diese Schwerpunkte einzugehen. Das heißt, das sind Schulen, die sich mit diesem Euregioprofillabel vermarkten können. Sie setzen sich besonders dafür ein, in dieser Schule den Horizont über die Grenze hinweg zu öffnen.

Sie haben die Karten der Grenzregionen gesehen. Ich nehme Aachen als Beispiel, weil ich die Kollegin gerade vor Augen habe. Wenn man sich in Aachen nur mit Aachen oder Deutschland beschäftigt, ist man, offen gestanden, relativ schnell am Ende. Wenn man dann noch darüber nachdenkt, dass in den belgischen Kommunen, Kelmis beispielsweise, 46 % Ausländeranteil ist, davon größtenteils deutsche Staatsbürger, dann haben wir an der Landesgrenze, offen gestanden, einiges zu tun. Die Menschen brauchen diese Informationen, diese Kompetenzen, um grenzüberschreitend leben und arbeiten zu können.

Das Netzwerk wächst stetig. Wir haben insgesamt, Stand heute, rund 305 Euregioprofilschulen, sogenannte Euregioschulen auf der niederländischen Seite kommen noch dazu. Das wird in der Praxis kombiniert mit Besuchen von Partnerschulen, grenzüberschreitenden Praktika und ähnlichen Dingen.

Wir haben festgestellt – das haben die Lehrer uns ganz klar gemacht: Es ist sehr schwierig, einfach so spontan eine Partnerschule zu finden, spontan einen pädagogischen Lernort auf der anderen Seite der Grenze zu finden. Lassen Sie uns mal ganz ehrlich sein: Wir werden nicht auf kleinen Arbeitsgebieten zehn verschiedene außerschulische Lernorte mit denselben Themen machen. Das macht keinen Sinn. Es ist viel sinnvoller, diese Lernorte grenzüberschreitend zu vernetzen und einander zu ergänzen, statt konkurrierende Produkte aufzubauen, was, wie gesagt, auch im Sinne von Kosteneffizienz keinen Sinn macht. Wenn man über gemeinsame Geschichte nachdenkt: Auch da werden wir nicht Infrastruktur nachbauen, einfach nur um irgendwie auf der belgischen Seite etwas präsentieren zu können, was es in Deutschland längst gibt.

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir haben festgestellt, es macht viel mehr Sinn, die Grenzregionen clever miteinander zu vernetzen. Da die Schulen, die Lehrkräfte, aber nicht nach Feierabend anfangen werden, auf Google zu recherchieren, „was können Schüler sehen in Belgien?“ – Fragezeichen – Enter; und sich dann durch die 16.000 Resultate durchwurschteln. Sie werden viel lieber einen Ort suchen, an dem man solche Informationen bekommt. Und diesen Service bieten wir den Schulen an.

Was machen wir also? Wir machen den Grenzübertritt mit diesen Projektkoordinierungsstellen so einfach wie möglich. Eine Schule meldet sich, „ich möchte Euregioprofilschule werden“, „ich suche einen außerschulischen Lernort“, „ich suche eine Partnerschule“, und wir helfen den Schulen, das zu finden.

Jetzt kann man sagen: Das könnten die Schulen tatsächlich selbst. Wie gerade gesagt, der Arbeitsaufwand ist relativ hoch, es ist relativ schwierig. Machen sie oftmals nicht. Wir haben in der Praxis aber auch gesehen, dass ab dem Moment, in dem wir die koordinierenden Tätigkeiten runtergefahren haben, uns auf der Stelle mehr als 50 % der Euregioprofilschulen weggebrochen sind. Die Schulen sagten, wir haben keine Zeit mehr dafür. Das heißt, unsere Arbeit ist, wenn man dieses Konzept möchte, wenn man diesen Austausch möchte, nicht optional. So nehmen wir das als Euregio Maas-Rhein zumindest wahr, und die Kollegen teilen diese Einschätzung zweifellos.

Das heißt, wir müssen aktiv an diese Themen ran. So haben wir auch Fonds eingerichtet, um die Schülermobilität zu vereinfachen. 12.000 Schüler haben wir nach Corona – während Corona war Schülermobilität relativ schwierig – über die Grenze bekommen. Einfach nur, indem man den Lehrern es einfach macht: „Das könnt ihr besuchen, da gibt es Förderung.“ Das zeigt, da gibt es einen akuten Bedarf. Im Regelfall ist unser Fonds im Mai des jeweiligen akademischen Jahres bereits leer. Anders gesagt: Wir müssen es möglichst pragmatisch, möglichst einfach machen, damit die Schulen, im Endeffekt auch die Schüler einmal sehen, was auf der anderen Seite der Grenze passiert. Da wird man nicht gebissen. Wenn man ein Praktikum macht, lernt man zu verstehen, wie man als Verkäufer oder Verkäuferin in Deutschland oder in den Niederlanden mit dem Klientel umgeht. Das funktioniert in der Praxis wesentlich anders. Und am Ende des Tages öffnen wir damit auch die Türe für funktionierende, gute Arbeitsbeziehungen nach der Schule im Arbeitsalltag. Anders gesagt: Wir müssen die Lücke von der Schule in den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt so einfach wie möglich füllen. Und das machen wir durch solche Projekte.

Einige Auszüge. Ich muss ehrlich gestehen, die Zusammenarbeit in der Euregio Maas-Rhein mit den ganzen Regierungsebenen und Partnerregionen ist nicht immer ganz einfach. Diejenigen, die dabei sind, wissen das. Die Lehrkräfte, die wir begleiten, sind ein unglaublich dankbares Publikum, wenn man einfach einmal in der Praxis sieht, was das bringen kann, den Menschen die Grenze ein Stück weit wegzunehmen bzw. die Nachbarn näherzubringen.

Aktuell sind wir in den Verhandlungen über die Grenzlandagenda des nächsten Jahres, kümmern uns um das Thema „Aufbau von Kompetenzzentren“, die diese Arbeit entlang der gesamten Grenze erleichtern sollen. Das heißt, die Projekte, die wir überall haben, werden zusammengeführt und geschaut: Wie können wir das Angebot, ähnlich wie bei GrenzInfoPunkten, entlang der gesamten nordrhein-westfälisch-niederländischen Grenze harmonisieren, vereinfachen und verdeutlichen? Das steht auch auf der Grenzlandagenda.

Das Netzwerk wollen wir ausweiten. Wir wollen so viele Euregioprofilschulen wie möglich haben, um die Leute, die Interesse daran und den Wunsch haben, diesen Weg mit uns zu gehen, zu motivieren. Aufwertung des Niederländisch-Unterrichts: Auch da, wie in der Koalitionsvereinbarung aufgenommen, sehen wir: Wenn wir Fachkräfte gewinnen wollen, müssen wir diese Themen angehen. Die Dozenten, die wir auf der deutschen oder niederländischen Seite haben wollen, sind oftmals im eigenen Land nicht zu finden. Das heißt, auch da müssen wir Lösungen finden, um das grenzüberschreitend anzugehen. Denn dort sind halt die Native Speakers, die uns gegebenenfalls später als Dozent helfen könnten.

Mit einem Blick auf die Zeit würde ich es an der Stelle dabei belassen, würde mich aber auch sehr über weitere Fragen oder Diskussionen dazu freuen. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Herzlichen Dank für die wirklich spannenden Präsentationen und dafür, dieses konkrete Leben der politischen Felder hier zu erleben. Ich meine, Sie leisten einen auch wirklich wichtigen Beitrag zum Zusammenleben in Europa und mit unseren Nachbarstaaten.

Ich würde jetzt für die Ausschussmitglieder die Runde eröffnen wollen und Ihnen die Möglichkeit geben, Nachfragen zu stellen oder Debattenbeiträge, und bitte um Wortmeldung. – Als Erster hat sich Herr Dr. Pfeil für die FDP-Fraktion gemeldet.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Herr Vorsitzender! Vielen Dank. Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass die Euregios heute hier ihre Arbeit vorstellen konnten, einen Teilbereich zumindest daraus. Ich selber komme aus Aachen, kenne Herrn Dejozé sehr gut und möchte zu allen vier Punkten kurz etwas aus meiner Sicht erläutern.

Ich bin selber im Zweckverband Region Aachen, der auch über die Euregio aktiv ist, und habe in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit der CDU viele Projekte angestoßen, über die Sie gerade hier berichtet haben – zum einen die Finanzierung der GrenzInfoPunkte, zum anderen aber auch die Euregioprofilschulen. Das, was Herr Dejozé eben sagte, ist genau der richtige Ansatz. Man muss in den Schulen anfangen,

damit grenzüberschreitende Kenntnisse vorhanden sind, um den weiteren beruflichen Werdegang dann auch grenzüberschreitend zu ermöglichen.

Wir haben im Rahmen des Zweckverbandes seinerzeit ein Lehrbuch rausgebracht, Vis-à-vis heißt das, das grenzüberschreitend die Kultur des jeweils anderen Landes dargestellt hat, was, glaube ich, auch in den Schulen sehr gut eingesetzt wurde. Ein Hauptproblem, das wir hatten, war Corona. Corona hat, das wurde eben erklärt, dazu geführt, dass viele Schulen die Zusammenarbeit mit den Schulen im Nachbarland eingestellt haben oder zumindest nicht mehr so wie früher daran beteiligt waren. Wir haben in der letzten Legislatur dabei geholfen, dass Gelder überhaupt zur Verfügung standen, die diese grenzüberschreitenden Begegnungen ermöglichten, die dann durch Corona eingeschränkt wurden. Ich glaube, das ist das eine, was wir weiter fördern müssen. Dafür müssen weiterhin Gelder von Landesseite zur Verfügung gestellt werden.

Das Zweite betrifft die GrenzInfoPunkte. Die GrenzInfoPunkte waren damals ein Projekt, das vereinzelt in der Euregio Maas-Rhein vorhanden war, dann erweitert wurde auf die ganze Euregio-Konzeption. Ich glaube, das ist mit das Wichtigste, was wir den Arbeitnehmern, aber auch den Arbeitgebern zur Verfügung stellen können, um Problemlösungen angesichts der unterschiedlichen Rechtssysteme jenseits der Grenze und hier auf deutscher Seite anzubieten.

Deswegen auch da: Dauerhafte Finanzierung ist notwendig. Das war auch ein Projekt, das ursprünglich aus Interreg genau wie die Euregioprofilschule entstanden ist und sich dann verstetigt hat. Daran sieht man, wie gut Interreg-Projekte sind, die durch dauerhafte Finanzierung weiter unterstützt werden können.

Homeoffice, steuerliche und versicherungsrechtliche Themen hatten uns auch hier im Landtag schon beschäftigt, nachdem Corona beendet war, um diese Probleme zu lösen. Auch da, Sie haben es eben gesagt, sind wir noch nicht am Ende, aber wir haben schon erste Schritte daraufhin gemacht.

Ein ganz anderes Problem, da wurde zu Recht drauf hingewiesen: Energie. Da wurde das Beispiel genannt, lokale Stromversorgung von Saint-Gobain. Wir haben daneben in der Euregio Maas-Rhein die größte Photovoltaikanlage bei den Nivelsteiner Sandwerken. Die produzieren direkt an der Grenze Strom und haben genau dasselbe Problem, dass sie ihren Strom auch nicht grenzüberschreitend verkaufen können.

Da wurde eben schon gesagt, Bundesthema, ja: Aber wenn wir es grenzüberschreitend mit Energieversorgung, Wärmetransport ernst meinen, dann müssen wir da eine Lösung finden. Ich verstehe bis heute nicht, warum das, ausgehend von der letzten Legislatur, wo das auch schon Thema war, bis heute, auch auf der Bundesebene nicht zu einer Lösung geführt wurde. Vielleicht können Sie da noch zwei, drei Sätze zu sagen, gerade zu dieser Energieproblematik und Stromerzeugung.

Und dann: Brauchen Sie mehr Geld zum Beispiel für Euregioprofilschulen oder für GrenzInfoPunkte? Das ist mir jetzt nicht klar geworden. – Danke schön.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. Ich kann mir die Antwort schon fast denken, Herr Kollege Pfeil. Aber ich bin gespannt, sie im Original zu hören. – Als Nächste hat sich die Kollegin Plonsker gemeldet für die CDU-Fraktion.

**Romina Plonsker (CDU):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Dame! Sehr geehrte Herren der Euregios! Auch ich möchte mich herzlich erst mal für Ihre Arbeit bedanken, dafür, dass Sie auch heute Morgen zu uns gekommen sind. Herr Dejozé hat eine der Antragsinitiativen der Koalition mit den grenzüberschreitenden Bildungs- und Kulturveranstaltungen schon positiv in seinem Vortrag hervorgehoben. Ich finde, Sie leisten auf den unterschiedlichen Themengebieten wirklich hervorragende Arbeit. Ich habe, glaube ich, fast alle von Ihnen schon persönlich besucht und finde auch die Themen, die Sie angesprochen haben, sehr wichtig.

Ich hätte jetzt noch eine Frage an Herrn Almering. Sie haben das Thema „Grenzpendler“ angesprochen, ein Thema, das in unserem persönlichen Gespräch eine große Rolle gespielt hat. Wenn ich es richtig vernommen habe, gibt es da noch Luft nach oben. Das wissen wir. Aber es gibt auch schon Dinge, die erreicht worden sind, etwa beim Thema „Sozialsysteme“. Vielleicht könnten Sie da noch mal ausführen, wo gegebenenfalls noch Hebel sind, wenn das nicht der Fall ist, dass Sie uns da noch ein bisschen aufklären. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Dr. Kaiser von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Minister! Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Euregio, auch von unserer Seite herzlichen Dank. Ich selbst habe tatsächlich wenig Bezug zu den Regionen. Ich komme aus dem Sauerland, da ist man doch etwas weiter entfernt von den grenzüberschreitenden europäischen Dimensionen. Man kann sich dann zwischen Sauer- und Siegerland grenzüberschreitend unterhalten und versuchen, Austausch zu generieren. Das ist auch immer notwendig.

Nichtsdestotrotz schätze ich – oder schätzen wir – Ihre Arbeit sehr und freuen uns auch, dass Sie heute hier sind. Ich hätte zwei Punkte, zunächst einmal an Herrn Dejozé. Sie haben von den interkulturellen Kompetenzen gesprochen, die notwendig sind, die durch die Euregios erarbeitet und weitergegeben werden. Das Leben in Grenzregionen schafft auch Formen von Identitäten, wo Menschen zusammenleben, wo sie zusammen arbeiten, gemeinsame Sprache nutzen, Kulturveranstaltungen gemeinsam besuchen, aber auch eine gewisse Art von Erinnerungskultur an Geschichte schaffen und damit umgehen.

Nehmen Sie da Unterschiede zwischen den Generationen wahr, wie verschiedene Generationen mit der Erinnerungskultur umgehen? Und wie arbeiten Sie damit? Das wäre die Frage im Bereich Bildung.

Dann die Frage an Herrn Almering. Sie haben von den GrenzInfoPunkten gesprochen und haben in dem Kontext über Pflege, über Studierende und so weiter gesprochen. Welche Rolle spielen Informationen in den GrenzInfoPunkten zum Thema „Handwerk“? Denn der Bereich Handwerk spielt im Rahmen des Mittelstandes eine ganz große Rolle. Wie sieht das in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus? Was tun Euregios, was können sie tun und was brauchen sie, um das zu verbessern? – Danke.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Als Nächste hat sich für die SPD-Fraktion die Kollegin Blask gemeldet.

**Inge Blask (SPD):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Minister! Meine Damen und Herren Vertreterinnen und Vertreter der Euregio! Herzlich willkommen auch seitens der SPD-Fraktion. Wir freuen uns, dass Sie heute Morgen hier sind.

Wir würden gerne noch mal die Frage stellen: Es gibt aus der letzten Legislaturperiode einen Antrag von CDU und FDP damals zu den Euregio-Jobbörsen. Wenn man im Netz sucht, findet man eigentlich nur Stellenanzeigen der Euregio selber. Gibt es eine solche grenzübergreifende Jobbörse noch, oder ist das Projekt eingestellt worden? Und wenn es sie noch gibt: Ist das auf die Euregio beschränkt, oder ist es ein übergreifendes Projekt? – Wenn nein: Woran hat es gelegen? Was kann man da tun?

Das Thema „GrenzInfoPunkt“ ist von den Grünen und der FDP schon angesprochen worden. Auch da würden wir uns natürlich zum konkreten Arbeitsmarktbezug informieren wollen. Wie bewerten Sie dieses Projekt? Hat es da eine bessere Fluktuation der Arbeitskräfte gegeben?

Zum Thema „Energie“, das Sie hier auch noch vorgetragen haben: Vielleicht können Sie noch mal sagen: Wo sind da die genauen Stellschrauben, wenn es darum geht, das in die nationalen Hochspannungsnetze einzuspeisen? Wer müsste da an der Stelle genau was tun? Ich denke, man kann auch aus dem Land Nordrhein-Westfalen Initiativen ergreifen, um zum Beispiel so etwas anzuregen, dass es auf der Bundesebene da Veränderungen geben sollte. – Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann hätten Sie jetzt die Möglichkeit zu antworten. Ich würde anregen, weil, glaube ich, alle angesprochen worden sind, in umgekehrter Reihenfolge vorzugehen. Deswegen wäre Herr Dejozé zuerst an der Reihe.

**Michael Dejozé (Euregio Maas-Rhein):** Vielen Dank. Jetzt juckt es mich natürlich in den Fingern, auf viele Dinge einzugehen, aber ich glaube, wir werden es bei den Themen belassen, die der oder die jeweilige Kollegin vorgeschlagen oder präsentiert hat. Dementsprechend würde ich bei Bildung bleiben.

Die interkulturelle Kompetenz und die Erinnerungskultur: Interkulturelle Kompetenz ist etwas, was ich, offen gestanden, persönlich gar nicht ausreichend auf dem Schirm hatte, als ich bei der Euregio angefangen habe. Vielmehr ist es etwas, was die Betriebe uns zurückgespiegelt haben: Was ist das für eine Arbeitsweise, die beispielsweise der wallonische Kollege auf einmal in einem deutschen Betrieb an den Tag legt? Die verstanden gar nicht, warum der wallonische Kollege schnell beim Duzen war und beispielsweise für ihn die 15 Minuten Verspätung völlig normal waren, wobei das Quart d'heure académique in der Wallonie relativ normal ist. Das war in keinsten Weise weder beleidigend noch böse gemeint, aber das hat tatsächlich zu komischen Situationen geführt.

Wir bekamen immer mehr Feedback aus der Arbeitswelt, wo man uns sagte: Hört mal, wir haben uns hier in der Euregio Maas-Rhein angesiedelt, damit wir Native Speaker aus den drei Ländern bekommen können, Menschen, die die Kultur und die Sprache der jeweiligen Länder verstehen, und wir somit in diese Länder rein arbeiten können. Und jetzt haben wir das Problem, dass es intern nicht funktioniert, weil diese Kulturen miteinander gar nicht so gut funktionieren. Da haben wir festgestellt, dass es überhaupt gar kein Problem ist, wenn man erst mal weiß, wie der Nachbar so funktioniert. Somit sind wir an das Thema der interkulturellen Kompetenz rangegangen und haben versucht, das anzugehen, schon von Beginn der Bewerbung an.

Tatsächlich haben wir auch bei den GrenzInfoPunkten oftmals Gespräche, in denen jemand sagt – besonders im Service grenzüberschreitender Arbeitsvermittlungen, worauf Herr Almering sicherlich gleich eingehen wird –: Ich habe eine Stelle auf der anderen Seite der Grenze gefunden. Wie bewerbe ich mich jetzt da eigentlich? So wie wir das in den Niederlanden machen, passt das überhaupt für Deutschland? Und oftmals ist die Antwort: Na, vielleicht noch mal ein bisschen umschreiben. Und das nicht, weil die Leute dann nicht in der Lage sind, das zu tun, sondern weil die Nuancen einfach nicht bekannt sind.

Bei der Erinnerungskultur stellen wir tatsächlich einen Generationenunterschied fest. Wir gehen auch unterschiedlich an die Sache ran. Das eine ist: Die jüngere Generation, die vom Krieg weniger mitbekommen hat als die ältere Generation, kann beispielsweise Georegio benutzen, ein digitales Lerntool, womit wir möglichst einfach, aber auch deutlich an diese Generation herankommen; sie können in der Theorie im Geschichtsunterricht davon lernen, können aber auch gewisse Orte besuchen. So ist die Ordensburg Vogelsang beispielsweise einer der außerschulischen Orte, die besucht werden. Denn dort bekommt man ein anderes Verständnis dafür, als man es in einem Lehrbuch überhaupt bekommen könnte.

Andersherum haben wir eine Menge an Menschen der älteren Generation, die oftmals Landesgrenzen gewechselt hat. Das ist eine Sache. Ich komme selbst aus der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Meine Familie hat drei- oder viermal die Nationalität gewechselt in den letzten Jahren. Das ist durchaus noch präsent. Man kann sagen, für uns ist das nicht mehr so markant, aber für die ältere Generation ist das durchaus noch ein Thema, worüber auch viel geredet wird. Da wird nach wie vor sehr viel im kulturellen Bereich gearbeitet, wo man versucht, den Menschen einfach diese Erinnerungskultur beizubringen – einerseits dürfen die Schlüsseldaten nicht vergessen werden, aber andererseits versucht man auch im kulturellen Rahmen, das Ganze auf eine modernere und generationsübergreifende Art und Weise an die Menschen heranzubringen. Das heißt, es ist nichts, was wir im Bildungsbereich aktiv betreuen. Aber das fällt bei uns mehr in den kulturellen Sektor, wenn es um die ältere Generation geht. Die jüngere Generation fällt ganz klar in den Bildungsbereich.

Das vielleicht, um kurz auf diese zwei Punkte einzugehen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ganz herzlichen Dank. – Herr Kochs.

**Andreas Kochs (Euregio Rhein-Waal):** Herr Vorsitzender! Könnten Sie vielleicht Ihre Frage zu den Hochspannungsnetzen noch mal wiederholen, die Sie eben gestellt haben, damit ich das wieder präsent habe?

**Inge Blask (SPD):** Ja. Sie hatten über die Schwierigkeiten der Einspeisung in die internationalen Stromnetze gesprochen. Da war noch mal die Frage – was wäre da konkret zu verändern? –, weil wir ja auch Anregungen in Richtung Berlin geben können.

**Andreas Kochs (Euregio Rhein-Waal):** Vielen Dank. Das macht es etwas deutlicher. Was wir sehen, ist, dass wir auf der einen Seite die Fragestellung bei den Stromnetzen haben, dass man aktuell den Austausch nur über die Hochspannungsnetze gewährleisten kann, wohingegen das bei anderen Energieformen, zum Beispiel bei Wärme, überhaupt kein Problem ist. Also Restwärme etc. oder andere Restwärmeströme können einfacher über die Grenze verbracht werden, weil man dort meistens mit Monopolisten zu tun hat, Stadtwerken oder Firmen, die in diesem Bereich aktiv sind. Das scheint sehr wohl möglich zu sein.

Man müsste wahrscheinlich darauf hinwirken, dass man zu mehr Ausnahmen kommen könnte, ohne jetzt großartig in die gesetzgeberischen Verfahren einzugreifen. Aber man sollte vielleicht von Ausnahmeklauseln Gebrauch machen. Darauf könnte man in Berlin hinwirken.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Herr Almering.

**Christoph Almering (Euregio Gronau/Enschede):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich versuche, die Reihe der Fragestellungen abzuarbeiten. Herr Dr. Pfeil, Sie hatten auch schon die Frage gestellt, wo es denn dringender nötig ist, um es mal salopp zu formulieren. Herr Dejozé hat schon einiges dazu gesagt. Das lässt sich natürlich nicht in dem Sinne miteinander abwägen, Euregioprofilschulen auf der einen Seite, Grenz-InfoPunkte auf der anderen Seite. Wir sehen schon, dass wir an beiden Stellen einen erheblichen Bedarf haben, das auch in Zukunft zu fördern.

Was die Euregioprofilschulen betrifft, glaube ich auch – ich denke, das ist aus dem Vortrag von Herrn Dejozé deutlich geworden –: Wir brauchen vor allem mehr Möglichkeiten in den Schulen selbst, sich stärker einzubringen. Wenn wir dort Möglichkeiten schaffen, sind wir schon ein Stück weiter.

Was die GrenzInfoPunkte betrifft, kommen wir um eine auskömmliche Finanzierung natürlich nicht umhin. Wir haben das damals vereinbart in den entsprechenden Vereinbarungen und conventanten, wie das auf Niederländisch heißt, und haben 2018 im Prinzip eine Regelung auf den Weg gebracht, die uns in die Lage versetzt hat, bis 23 bzw. bis 25 die GrenzInfoPunkte zu finanzieren – wohl wissend, dass wir damals schon einen Betrag zugrunde gelegt haben, der Kostensteigerung, Inflationsentwicklung und so weiter nicht berücksichtigt, sodass man das langfristig komplett einmal durchkalkulieren musste, was jetzt im Umkehrschluss bedeutet, dass wir für die nächste Finanzierungsphase sicherlich dort einen Posten aufrufen werden, der höher sein wird als

2018. Aber das wird niemanden großartig überraschen, insbesondere angesichts der Kostensteigerungen, Inflationsentwicklungen, die wir in den letzten Jahren hatten.

Was uns an der Stelle wichtig ist, ist insbesondere eines: Die GrenzInfoPunkte müssen auch in Zukunft verlässlich finanziert sein. Wir haben den Leistungsumfang eher ausgebaut. Das hat sich unter anderem auch durch Corona ergeben, hat sich aber auch durch zusätzliche Fragestellungen, die immer wieder auftauchen, fortentwickelt, sodass die GrenzInfoPunkte, wie an den Zahlen deutlich wurde, inzwischen einen erheblich wachsenden Zulauf erfahren, weil die Menschen nach und nach immer stärker begreifen: Das ist die Stelle, an die ich mich wenden muss, um endlich Klarheit zu bekommen. Und das wiederum fördert am Ende auch den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt. Deswegen brauchen wir die Finanzierung ab 2026 in dem Umfang, dass wir unsere Arbeit zumindest in dem Umfang, den wir als Beratungsstelle zur Verfügung stellen, fortsetzen können. Alles andere würde bedeuten, wir müssten Angebote abbauen.

Das wird gerade ermittelt, das bearbeiten wir. Das wird sicherlich schwierig werden, weil wir natürlich wissen, dass es viele andere Einrichtungen, viele andere Initiativen gibt, die auch in diesen schwierigen Zeiten Geld nötig haben, die sicherlich für sich reklamieren, dass sie unverzichtbar sind. Ich denke aber, dass unsere Arbeit deutlich gemacht hat: Der GrenzInfoPunkt darf auf keinen Fall wegfallen, und er darf auch nicht sein Leistungsangebot reduzieren. Deswegen brauchen wir dort die finanziellen Mittel ab 2026 tatsächlich dringend.

Frau Plonsker, Sie fragten danach, was in den verschiedenen Bereichen schon erreicht wurde und was – ich glaube, da zielt die Frage eher drauf ab – wir denn noch machen müssen. Im Sozialversicherungsbereich hangeln wir uns gerade so von Ausnahmeregelung zu Ausnahmeregelung, haben seit Juli, wenn ich das richtig im Kopf habe, eine neue, auch was die Steuern betrifft, sodass wir dort zumindest Übergangsregelungen haben. Als Beispiel: Bleibe ich in meinem Sozialversicherungssystem, auch wenn ich Homeoffice mache? Wie sieht es mit dem Bezahlen meiner Steuern aus? und so weiter. Dort haben wir entsprechende Ausnahmeregelungen geschaffen. Es wird viel dafür getan, dort auch dauerhafte Lösungen zu gestalten.

Was wir momentan noch nicht haben, sind arbeitsrechtliche Antworten auf Fragen, die sich im Zusammenhang mit Homeoffice stellen. Es besteht die große Gefahr in vielen Arbeitsverhältnissen, die über die Grenze gestaltet werden, dass Sie als Arbeitnehmer in das jeweilige Arbeitsrecht des Landes fallen, in dem Sie dann von zuhause aus arbeiten. Das kann für beide Seiten, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, sehr unangenehme Folgen mit sich bringen. Hier brauchen wir dringend Lösungen.

Homeoffice-Regelungen sind beispielsweise, ich nehme das Beispiel Euregio bei uns: Wir sitzen auf der deutschen Seite. Unsere niederländischen Mitarbeiter können wir nicht so freizügig behandeln in der Gestaltung von mobiler Arbeit und von Homeoffice wie unsere deutschen Arbeitnehmer. Das ist im Prinzip auch schon erstens eine himelschreiende Ungerechtigkeit und ist zweitens mit einer Unsicherheit für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer verbunden, die eigentlich nicht zu verstehen ist; zumal wir uns fragen: Wenn das doch in einer Krisensituation wie Corona schadlos funktioniert hat, warum soll das auf Dauer nicht funktionieren in einem normalen Szenario?

Hier wird es im nächsten Jahr, wahrscheinlich im März, eine größere Veranstaltung geben, eine Konferenz, zu der das Bundesministerium für Arbeit einladen wird. Wir haben das mit dem Bundesministerium vereinbart. Das wird auf dem Gebiet der Euregio stattfinden, allerdings im niedersächsischen Teil, in Osnabrück. Wir hoffen, dass wir dort weitere Schritte gehen können, wissen aber auch, dass das arbeitsrechtlich extrem kompliziert sein wird. Das wäre dann eine Neuregelung für die deutsch-niederländische, deutsch-belgische, vielleicht auch belgisch-niederländische Grenze – in dem Kontext wahrscheinlich nicht, eher deutsch-belgisch. Aber was ist mit den anderen Grenzregionen? – Das vielleicht, Frau Plonsker, dazu, was wir an Herausforderungen vor allem noch vor der Brust haben.

Herr Dr. Kaiser, GrenzInfoPunkte und Handwerk: Eine total spannende Frage, weil wir gerade aktuelle Fälle haben, wo wir Handwerksbetriebe beraten in der Fragestellung: Wie können wir den Markt auf der anderen Seite erschließen, und mit welchen Kräften und Ressourcen machen wir das? Die Frage erreicht uns von beiden Seiten der Grenze. Wir haben erste Erfolge erzielt. Es gibt ein großes Handwerksunternehmen bei uns im Grenzgebiet, die Firma Terhalle in Ahaus-Ottenstein, die inzwischen auch eine niederländische Niederlassung gegründet hat, eine BV, und auch sehr flexibel damit umgeht: "An welcher Stelle beschäftigen wir die Mitarbeiter mit welchen Verträgen?"

Das alles ist durch entsprechende Beratung bei uns in den GrenzInfoPunkten möglich geworden. Das ist teilweise sehr kompliziert, weil es immer wieder Hürden gibt. Aber wir stellen auch fest, dass fast alle Hürden auch überwindbar sind. Deswegen: Auch da ist der GrenzInfoPunkt so wichtig.

Es gibt gerade für Betriebe, für Handwerksunternehmen nach wie vor einen großen Bedarf, Kooperationen aufzubauen, die vielleicht auch größer sind als rein bilaterale Geschäftsverhältnisse. Hier gibt es verschiedene Ansätze, die es bei uns gibt – ich glaube, das ist in den anderen Euregios aber auch nicht anders –, mit denen wir versuchen, mit verschiedenen Partnern, insbesondere Verbänden – das sind Handwerkskammern, die unter anderem bei uns in den entsprechenden Gremien vertreten sind, mit den IHKen, auf der anderen Seite Oost NL, die große niederländische Wirtschaftsförderungseinrichtung – Mittel und Wege zu finden, wie wir die Kooperation verstärkt aufbauen und fördern können. Da läuft einiges. Auch da gilt es, Hürden zu überwinden. Das ist keine Frage.

Dann gab es die Frage von Ihnen nach der Jobbörse. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt anzubieten – natürlich über die klassischen Portale, die auch grenzüberschreitend ausgezeichnet funktionieren. Es gibt aber auch die SGAs, also die Servicepunkte für grenzüberschreitende Arbeit. Es gibt das Grenzwerk bei uns, wo tatsächlich versucht wird, Arbeitskräfte im gesamten Grenzgebiet zu vermitteln. Das haben wir nach wie vor, das ist eine fest installierte Einrichtung.

Eine Jobbörse in dem Sinne – ich nehme an, Sie sprechen auch das an, was über EURES auch schon mal angeboten würde – gestaltet sich mitunter schwierig, weil wir auch für EURES die Finanzierung nicht mehr so hinbekommen und auch Anträge teilweise gescheitert sind, sodass das leider an der Stelle rückläufig ist und wir uns deswegen sehr stark darauf konzentrieren, diese Fälle – also Jobvermittlung, was nicht so

besonders viel ist in Zeiten von Fachkräftemangel – dann auch über unser Grenzwerk oder über die SGAs zu behandeln. – Danke schön.

**Maïke Hajjoubi (Euregio Rhein-Maas-Nord):** Ich glaube, dass alle Fragen beantwortet worden sind. Vielleicht ganz kurz von meiner Seite zusammenfassend: Wir brauchen eine Finanzierung, die weiterhin funktioniert. Ganz wichtiges Thema – Sie haben es gehört –: Wir brauchen eine Lösung für die Steuerproblematik. Sozialversicherung ist gelöst, aber wir haben immer noch ein Problem, was Homeoffice angeht. Es gibt mehr und mehr Unternehmen, die darüber nachdenken, sich aus der Grenzregion zu verabschieden, weil sie nicht mehr 360° um sich herum Mitarbeiter anwerben können, weil es unattraktiv geworden ist für Mitarbeiter, über der Grenze zu arbeiten. Da brauchen wir zwingend eine Lösung. Und das ist ein Bundesthema. Sie können dazu beitragen, dass es da eine Lösung gibt.

Wir brauchen die Möglichkeit, grenzüberschreitend Strom zu verkaufen. Das ist das, was Herr Dr. Pfeil gerade schon nannte. Uns sprechen immer mehr Kommunen an: Ich habe zu viel Strom, ich weiß nicht, wohin damit: Ich kann ihn aber nicht über die Grenze transportieren, obwohl auf der anderen Seite der Grenze der Strom gewollt ist – oder umgekehrt: Wir brauchen Strom. Wir haben eine netcongestion auf niederländischer Seite, und wir kommen an diesen Strom von deutscher Seite nicht dran. Wir können nicht mal eben ein Kabel über die Grenze schmeißen, es sei denn, wir haben eine Ausnahmegenehmigung. Das sind Problematiken, für die wir konkrete Lösungen brauchen.

Und der Bildungsbereich: Bitte fördern Sie ihn weiter! Das ist unglaublich wichtig für den zukünftigen Arbeitsmarkt. Ich mache mir große Sorgen über den rückläufigen Spracherwerb auf niederländischer Seite, was die deutsche Sprache angeht. Wir werden in zehn, 15 Jahren eine Situation haben, in der wir uns nicht mehr in Deutsch und Niederländisch verständigen können, sondern nur noch in Englisch. Das mag prima sein, wenn wir in einer Sitzung sind, aber das funktioniert nicht für den Arbeitsmarkt. Wir kriegen eine Hürde, wie wir sie jetzt nicht kennen, weil man sich grenzüberschreitend sprachlich nicht mehr versteht. Es ist unglaublich wichtig, dass wir da entgegenarbeiten und dafür sorgen, dass wir uns weiterhin auch sprachlich verstehen.

**Michiel Savelsbergh (Euregio Rhein-Maas-Nord):** Ich bin, glaube ich, der einzige Niederländer im Gremium jetzt. Mein Name ist Michiel Savelsbergh, zuständig für Strategie und Kommunikation bei der Euregio. Ich wohne selber in Venlo. In den Niederlanden gibt es am 22. November Neuwahlen. Das habt ihr wahrscheinlich gehört. Bis jetzt gibt es noch ein Konzept, wo auch die Euregios mitmachen. Das sind die sogenannten Regio Deals. Da wird, einfach gesagt, aus Den Haag Geld zur Verfügung gestellt, um die Regios zu fördern. Und das sind vor allem die Grenzregios, die gefördert werden.

Was macht man damit? Wir machen das als Euregio Rhein-Maas-Nord im Moment mit Nord-Limburg, also der Region rund um Venlo. Aber wir werden es auch ein bisschen südlicher machen: Es werden 1:1-Verbände gegründet zwischen Kommunen. Wir haben zum Beispiel – vielleicht kennt ihr die Kommunen gar nicht – Venlo-Nettetal

vernetzt, aber auch andere mehr ländliche Kommunen. Der Zweck davon ist – da wird Herr Kaiser, wenn er aus dem Sauerland kommt, vielleicht auch denken, das ist ganz weit weg –, dass man sich auf persönlicher Ebene kennenlernt und die Projekte und alles, was hier heute besprochen wird, auch besser läuft, wenn es um Energie, um Bildung bis zum Arbeitsmarkt geht: Es geht besser, wenn die Leute einander kennen.

Ich möchte das Konzept heute nicht ausführlich besprechen, sondern Sie darauf aufmerksam machen, dass es in den Niederlanden dieses Konzept gibt. Da sind 900 Millionen Euro drin. Vielleicht ist das auch ein Gedanke für NRW, mal so ein regionales Konzept auszuarbeiten. Das ist nicht direkt auf Themen spezifiziert. Man sagt: Viele Regios müssen gefördert werden – und, Regios, denkt mal drüber nach, was euch da wichtig ist. Das ist der Gedanke dahinter.

Wir hoffen, dass es nach den Wahlen auch eine richtig gute Verbindung zwischen NRW und Nordrhein-Westfalen gibt. Eine Regierungskonsultierung hat es gegeben. Wir hoffen, dass es auch in der neuen Regierung so weitergeht. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. Ich habe noch zwei Wortmeldungen – bitte kurz, mit Blick auf die Uhr! – von Ausschussmitgliedern. Erst Herr Dr. Beucker für die AfD-Fraktion, dann Herr Dr. Pfeil für die FDP-Fraktion, bitte schön.

**Dr. Hartmut Beucker (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Herr Minister! Danke schön, dass Sie uns so interessant und anregend über Ihren Arbeitsinhalt informiert haben. Meine Frage richtet sich mehr auf die institutionelle Ebene. Dass die Euregios grundsätzlich die richtige Antwort auf die Bearbeitung der von Ihnen vorgestellten Probleme sind, ist deutlich geworden. Aber wünschen Sie sich als Institution noch mehr Unterstützung aus Nordrhein-Westfalen? Wie kann die aussehen? Sind Sie ausreichend ausgestattet im finanziellen Bereich, oder würden Sie sagen, da zwickt es an allen Ecken und Enden? – Vielen Dank.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Ich habe eine Ergänzungsfrage, und zwar: Der Forschungsbereich zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird in Holland hauptsächlich durch das ITEM im Rahmen der Rechtsfolgenabschätzung und Rechtsfolgenentwicklungsprüfung vorgenommen. Meine Frage: So etwas haben wir, glaube ich, in Nordrhein-Westfalen gar nicht. Oder sehen Sie es anders?

Und die Ergänzungsfrage: Findet eine Zusammenarbeit der Euregios mit dem ITEM in Maastricht statt? – Danke.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. Wer möchte antworten? – Herr Almering.

**Christoph Almering (Euregio Gronau/Enschede):** Kann ich gerne machen, Herr Vorsitzender, und die Kollegen ergänzen, was fehlt.

Herr Beucker, die finanzielle Ausstattung, das ist eine dankbare Frage. Es zwickt tatsächlich, Sie können sich das vorstellen. Wir haben unterschiedliche Beitragsmodelle. Meistens ist es mitgliederbezogen oder auch einwohnerbezogen, wie wir ausgestattet sind. Es ist in diesen Zeiten sehr schwierig, mit Mitgliedskommunen oder Mitgliedern anderer Art – das sind teilweise auch institutionelle Mitglieder wie Industrie- und Handelskammern/Handwerkskammern in einigen Euregios – darüber zu sprechen, dass wir die Beiträge eigentlich erhöhen müssten, um weiter auskömmlich zu arbeiten.

Es gibt die eine oder andere Kollegin, die gerade dabei ist, das auch satzungsgemäß umzusetzen. Die anderen müssen darüber nachdenken, wie man künftig die Arbeit der Euregio weiter finanzieren will, ohne dass man die kommunalen Kassen über Gebühr belastet. Die Zusammenarbeit mit dem Land Nordrhein-Westfalen funktioniert an den Stellen hervorragend. Wir haben das erlebt, unter anderem bei der Finanzierung der GrenzInfoPunkte. Wir sind auch guter Dinge. Die Signale sind entsprechend, dass wir auch dort eine Finanzierung für die Zukunft hinbekommen.

In einzelnen Dingen kann man sicherlich darüber nachdenken, ob man grundsätzlich, unabhängig von den Finanzen, künftig andere Wege der Zusammenarbeit findet. Wir denken gerade so halb visionär, sage ich mal, darüber nach, ob man über Anhörungsrechte, Mitspracherechte – an welchen Stellen auch immer – etwas macht. Wir haben gerade verschiedene Interviews geführt mit einem Institut, das in diesem Bereich forscht, welche Funktionen Regionalräte oder ähnliches auch grenzüberschreitender Art vielleicht in der Zukunft haben könnten, also wie sie sich auch institutionell besser einbringen können. So eine Geschichte wie heute ist natürlich für uns ideal, hier Gehör zu finden. Das Gleiche findet oftmals auf kommunaler Ebene statt. Das hilft uns schon ungemein, um uns an der Stelle Gehör zu verschaffen.

ITEM: Da können sicherlich die Kollegen gleich noch mal ergänzen. Ja, wir arbeiten sehr intensiv mit ITEM zusammen. Die Jahreskonferenz ITEM steht Mitte November an. Ich weiß nicht, ob die Kollegen dabei sind; ich werde auf jeden Fall zwei Tage dort vor Ort sein. Für uns ist das ein sehr wertvoller Partner, weil genau die Fragestellungen, die Sie gerade angesprochen haben, dort bearbeitet werden.

Vergleichbar mit ITEM auf deutscher Seite – dazu habe ich gerade kein Beispiel –, auf Bundesebene ...

(Zuruf)

– Genau, Chilla, sicher. Da haben wir auch die Interviews gerade geführt zum Thema „Regionalräte, Mitspracherechte, Anhörungsmöglichkeiten“ und so weiter. Das ist über die Universität Erlangen gemacht worden. Aber ITEM ist schon ein wichtiger Partner für uns.

**Vorsitzender Stefan Engsfeld:** Vielen Dank. – Kurze Ergänzung von Herrn Dejozé.

**Michael Dejozé (Euregio Maas-Rhein):** Die Frage zur institutionellen Ebene ist beantwortet worden. Mehr Hilfe aus Nordrhein-Westfalen: Neben den finanziellen Aspekten möchte ich auch auf die politischen Aspekte eingehen. Ich finde den Austausch mit

Nordrhein-Westfalen, offen gestanden, sehr hilfreich. Ich nehme den Austausch auch auf politischer Ebene in unseren Gremien als sehr konstruktiv und positiv wahr.

Beispielsweise ist unser Ministerpräsident Paasch der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in regelmäßigem Austausch mit den Kollegen in Nordrhein-Westfalen. Wir sehen, dass das im Großen und Ganzen sehr gut geht. Ich selbst habe fast ein- bis zweimal pro Woche Austausch mit der Staatskanzlei. Das ist eine durchaus gelebte Praxis und nicht etwas, was man angehen müsste.

Insbesondere die GROS-Zusammenarbeit ist dahingehend sehr hilfreich, diese Struktur für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die vor einigen Jahren gegründet wurde. Bei ITEM sind wir Mitglied. Tatsächlich haben wir auf der deutschen Seite festgestellt: Die Frage der Rechtsfolgenabschätzung auf Bundesebene wurde gestellt – was nicht heißt, dass die Antwort unbedingt zufriedenstellend ist. Man ist dafür offen, stellt aber fest, dass das angesichts aller Prüfungen, die sowieso gemacht werden müssten – Umweltverträglichkeitsprüfung und so weiter –, vom Arbeitsaufwand her wahrscheinlich als zu viel eingestuft würde und man es eventuell optional einbringen könnte. Aber dann geht man davon aus, dass kaum solche Prüfungen angefragt werden.

Professor Tobias Chilla beschäftigt sich damit, aber auch da sind bisher in Berlin die Resultate nicht ermutigend, als dass man da zu einer Lösung kommt.

Zuletzt: Wir haben über viele Probleme berichtet. Ich möchte zum Abschluss nicht unerwähnt lassen, dass die Grenzlage auch viele Chancen mit sich bringt. Wir haben es eben kurz gesagt: Ein Betrieb, der in der Grenzlage sitzt, bekommt Native Speakers, Leute, die kulturelle Kompetenz aus den verschiedenen Ländern mitbringen. Das sind Stärken einer Grenzlage. Damit können wir tolle Betriebe anziehen.

Einstein-Teleskop, das ist ein Dauerthema so ziemlich überall, wo ich hingehe. Aber auch das ist auf einer Seite der Grenze absolut nicht zu machen. Das heißt, die Grenzlage ist einerseits erschwerend; aber wenn wir das gemeinsam mit dem nötigen politischen und Herzblut angehen, dann ist tatsächlich sehr viel zu schaffen.

Und das haben wir nicht zuletzt während Corona gut gesehen. Projekte sind schön und gut, Projekte sind wichtig. Wichtig ist, ist, dass wir die Dinge nicht sterben lassen, wenn das Projekt zu Ende ist. Denken Sie bitte an die Coronakrise, denken Sie daran, was Dienste wie EMRE, grenzüberschreitendes Krisenmanagement, hat leisten können.

Denken Sie an den Vennenbrand vor einigen Monaten. Ich meine ganz ehrlich: Der Vennenbrand wurde in Belgien auf deutscher Seite festgestellt. Innerhalb einer Stunde waren 260 deutsche Feuerwehrbeamte und -beamtinnen vor Ort, um zu helfen. Das ist grenzüberschreitende Zusammenarbeit, und das können wir den Menschen erklären. Das ist das, wo die Menschen den Mehrwert einfach sehen. Ich glaube, dass wir da sehr viel zu gewinnen haben, wenn wir nicht nur in Projekten denken, sondern auch in Strukturen, und die Dinge langfristig stabilisieren wollen. – In dem Sinne wollte ich das Positive da noch mitgeben. Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ganz herzlichen Dank. Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes hat Minister Liminski noch mal ums Wort gebeten, und das erteile ich ihm hiermit gerne, bitte schön, Herr Minister.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wie es gerade schon gesagt worden ist, sind wir im regelmäßigen Austausch. Ihr Besuch heute hier im Landtag sorgt vor allem dafür, Raum zu geben für den Austausch mit den Abgeordneten, mit dem Hohen Haus. Deswegen habe ich mich meinerseits zurückgehalten und will es auch kurz machen. Ich will dafür auf einige der Themen eingehen, die angesprochen worden sind.

Zuerst einmal will ich sagen zum Thema „Energie“, das uns in diesen Tagen auf allen Ebenen beschäftigt, was von Frau Blask auch angesprochen worden ist: Das ist ein Thema, was wir gerade auch im Format der Grenzlandkonferenz prüfen. Wir werden dazu im Dezember die Ergebnisse der Region Limburg bekommen. Vieles davon ist dann Bundeszuständigkeit, was Sie schon in Ihrer Frage vermutet haben. Aber es kann auch hilfreich sein, aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit das ganz konkret mal darzustellen. Insofern haben wir, glaube ich, viele Themen in unserem Miteinander identifiziert – sei es mit den Euregios oder auch mit den Nachbarstaaten, wo wir auch Berlin Hinweise geben können, wo am Ende große Ootenziale liegen, mit relativ wenig Geld und überschaubaren Maßnahmen einen hohen Effizienzgrad zu erreichen. Das ist das eine Thema.

Das zweite Thema, „Homeoffice“, weil es angesprochen worden ist: In der Tat, wir sind an der einen Front schon recht weit, aber beim Thema „Homeoffice“ und den steuerlichen Dingen leider nicht. Das muss man ganz klar beim Namen nennen. Ich will jetzt hier nicht das Bashing innerhalb der Bundesregierung beginnen, aber ich will schon sagen, dass ich es an der Stelle schade finde. Alle reden nach Corona davon, welche Dinge wir alle daraus lernen und mitnehmen sollten. An der Stelle droht uns wirklich ein Frustrationserlebnis für eine ganze Region.

Es wurde eben schon gesagt: nicht nur zurück auf Start im Sinne von „so wie vor Corona“. Weil man weiß, dass es besser geht und der Wettbewerb härter geworden ist, drohen einige damit, aus der Grenzlage einen Nachteil abzuleiten. Das muss uns nun wirklich alle hier im Ausschuss alarmieren. Wir versuchen hier gerade, die Vorzüge der Grenzlage zu präsentieren und auch zu forcieren. Ich will nicht, dass wir in eine Diskussion kommen, wo es bald heißt, dass das abgehängte Regionen sind. Das droht an der Stelle aber ein bisschen. Insofern wäre ich sehr dankbar, wenn alle ihre Kanäle nutzen würden, um auf die Dringlichkeit dieses Themas hinzuweisen. Wir tun das als Landesregierung auch. Das ist aber bisher mit Blick auf die Sorge, da wahrscheinlich Steuerausfälle beklagen zu müssen, noch nicht erfolgt.

Ein Drittes, die Sprachen: Ich teile 100 % das, was gesagt worden ist. Es geht ja auch um mehr, als sich im Alltag verständigen zu können. Es ist auch das Einfühlungsvermögen in die andere Kultur. Es ist die Vielfalt, die wir dort erleben. Da hängt sehr viel dran. Das ist der Grund, warum wir trotz dieser schwierigen Gemengelage, die wir gerade haushalterisch und anderweitig zu vergegenwärtigen haben, in unseren Bemühungen mit Blick auf die Sprachvermittlung in den Grenzregionen nicht nachlassen.

Deswegen bin ich dankbar, dass die Euregios dieses Thema als Anwälte auch vorantreiben. Das lässt mich abschließend sagen: Gut, dass wir Sie haben. Sie sind ganz wichtige Botschafter dafür, dass wir immer wieder nach den großen Reden über den politischen Mehrwert von Grenzüberschreitung auf das Alltägliche kommen, wo es dann wirklich den Menschen vor Ort hilft. Insofern sind Sie wertvolle Partner. Deswegen freue ich mich auch, dass wir im Rahmen der bestehenden Formate zwischen den Regierungen dazu gekommen sind, diese Zusammenarbeit stärker zu institutionalisieren – ganz gleich, wer da gerade die Ämter in den Regierungen innehat –, und dass die Euregios an der Stelle ein fester Ansprechpartner sind. In dem Sinne herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

(Beifall)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank, Herr Minister. – Vielen Dank für Ihr Kommen, für Ihre Präsentation. Wir würden uns natürlich sehr freuen, wenn Sie uns die Präsentation noch zur Verfügung stellen könnten. Dann könnten wir das wiederum dem Protokoll beifügen.

Ich hoffe, das war nicht der letzte Austausch. Ich habe Interesse daran, dass wir das verstetigen und es nicht bei einem einmaligen Besuch bleibt. Insofern würde ich in einer nächsten Obleuterunde mit den Ausschussmitgliedern überlegen, wie man das organisieren kann, unabhängig von einzelnen individuellen Besuchen oder Fraktionsbesuchen in den unterschiedlichen Euregios.

Dann danke ich Ihnen ganz herzlich, wünsche Ihnen allen eine gute Heimreise. Sie sind herzlich eingeladen, weiter auch beim nächsten Tagesordnungspunkt Israel mit zuzuhören. Aber wir haben vollstes Verständnis dafür, weil alle viel zu tun haben, wenn Sie die Ausschusssitzung verlassen. Alles Gute und weiterhin erfolgreiche Arbeit!

## **2 Gespräch mit dem Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel und der Repräsentantin der NRW.Global Business in Israel zur aktuellen Situation in Israel**

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Aus aktuellem Anlass begrüße ich den Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen in Tel Aviv, Herrn Dr. Yaron, in unserer Mitte und die digital zugeschaltete Repräsentantin von NRW.Global Business in Tel Aviv, Frau Weinblatt, die gerade zugeschaltet wird aus Wien; die wir gleich auf dem Screen auch sehen werden.

Bevor wir inhaltlich einsteigen, begrüße ich aber auch den Pressesprecher des Landtages, Herrn Dr. Malessa. Es ist darum gebeten worden, dass wir ein Foto mit Herrn Yaron machen, Herr Minister.

(Kurze Unterbrechung)

– Vielen Dank für das Verständnis. Die Lichtverhältnisse draußen waren nicht ganz einfach, deswegen hat es einen Moment gedauert, sorry dafür.

Jetzt begrüßen wir noch mal Herrn Dr. Yaron und Frau Weinblatt. Wir sehen Sie jetzt alle hier im Raum auf dem Screen, herzlich willkommen.

Sie beide haben sich untereinander abgesprochen. Wir haben vereinbart, dass Herr Dr. Yaron anfängt und uns einen Einblick gibt über die aktuelle Situation, etwas über die Hintergründe sagt und auch darüber, welche Rolle Nordrhein-Westfalen nach dem 7. Oktober, der Zeitenwende im Nahen Osten, spielen kann, die uns alle sehr intensiv beschäftigt. Herr Dr. Yaron war auch schon zu Besuch in der Parlamentariergruppe NRW/Israel, der ältesten Parlamentariergruppe, die wir in diesem Parlament haben, hat dort berichtet und hat sehr positives Feedback bekommen. Ich freue mich sehr, dass es geklappt hat. Sie haben das Wort.

**Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen in Israel):** Heute ist Freitag. Es ist der Beginn des Wochenendes in Israel. Heute Abend werden in Israel Millionen von Familien an ihrem Tisch zusammenkommen und Shabbat feiern, den Ausgang der Woche. Es ist in dieser familienorientierten Gesellschaft üblich, dass man Abendbrot gemeinsam isst, gemeinsam die Segenssprüche aufsagt. Selbst Leute, die nicht gläubig sind, halten diese Tradition ein. Sogar Tel Aviv wird an diesem Abend ruhig, weil Menschen nach Hause zurückkehren und sich auf die Woche besinnen.

1.400 Stühle an diesen Shabbat-Tischen werden leer bleiben heute Abend. Das sind die 1.400 Stühle der Zivilisten, die von der Hamas am 7. Oktober ermordet wurden. 242 weitere Stühle bleiben leer, weil die Menschen, die darauf sitzen sollten, sich im Augenblick im Gazastreifen befinden. Sie wurden verschleppt von der Hamas – von sechs Monate alten Kleinkindern bis zu 85-jährigen Frauen.

Um diese Menschen heimzuholen, befindet sich die israelische Armee im Moment im Gazastreifen. Verbände der israelischen Armee haben die Stadt Gaza umzingelt. Es kommt zu schweren Bodengefechten inzwischen mit Kämpfern der Hamas, und es

kommt zu fürchterlichen Szenen innerhalb des Gazastreifens angesichts der schweren Bombardierungen durch die israelische Armee. Nur, um Ihnen eine Größenordnung zu vermitteln: Die israelische Armee bombardiert; in dem letzten Monat hat sie dort mehr Luftangriffe geflogen als die NATO-Koalition in Afghanistan in anderthalb bis zwei Jahren. So kommt es auch zu unzähligen Opfern unter den Palästinensern. Bei Weitem nicht alle davon sind Hamas-Kämpfer.

Fast die Hälfte der Bevölkerung des Gazastreifens ist minderjährig. Es ist fast unvermeidbar, dass ein Großteil der Opfer im Gazastreifen Kinder sind, unschuldige Kinder. Auch die werden heute Abend nicht am Familientisch sitzen können – zum Teil, weil sie tot sind, zum Teil, weil sehr viele Familien ihre Wohnung und damit auch ihren Tisch im Gazastreifen verloren haben.

Wer macht das? Wer steht dahinter, dass im Augenblick so viele Menschen sterben im Gazastreifen und das auch in absehbarer Zukunft weiter tun werden? Man redet immer von „der israelischen Armee“, und das ist sehr anonym. Ich möchte dieser Armee heute Vormittag ein wenig ein Gesicht geben, damit Sie verstehen, worum es wirklich geht. Es sind zum großen Teil mehr als 400.000 Reservisten, die eingezogen wurden. Es sind 400.000 weitere Menschen, die heute Abend nicht am Shabbat-Tisch ihrer Familie sitzen werden. Es sind Söhne, aber viele von ihnen sind Ehemänner, Ehefrauen, Mütter und Töchter, die heute Abend nicht nach Hause kommen. 339 von ihnen – das ist der Stand von vor fünf Minuten – werden überhaupt nicht mehr nach Hause kehren. Sie sind gefallen.

Warum sind sie da? Sie erinnern sich vielleicht an die Nachrichten von vor einem Monat. Die erscheinen wirklich, als hätten sie in einem anderen Zeitalter stattgefunden. Da verweigerten noch viele Reservisten den Wehrdienst vor dem Hintergrund der inneren Spannungen innerhalb Israels, vor dem Hintergrund der Justizreform dort. Aber im Augenblick meldet die Armee, dass sich mehr als 150 % der Reservisten zum Wehrdienst gemeldet haben. Das heißt: Mehr als aufgerufen wurden, haben sich freiwillig zum Wehrdienst gemeldet, weitaus mehr.

Warum? Weil die Israelis verstehen, dass es um ihre Existenz geht. Dieser Terroranschlag war eine Zeitenwende für Israel, für den Nahen Osten. Und da dies eine der wichtigsten Regionen der Welt ist, ist dies meiner Meinung nach auch eine Zeitenwende für die gesamte Welt und damit auch für Deutschland. Das ist letztlich der Grund, weshalb sich Außenminister Blinken der USA jetzt gerade zum dritten Mal in Israel befindet. Er erkennt die globale Bedeutung dieses Konflikts.

Das mag am Anfang ein wenig überraschen, wenn man den Gazastreifen mit der Ukraine vergleicht. Die Ukraine ist 1.670-mal größer als der Gazastreifen, der ein wenig größer ist als das Bundesland Bremen. Dennoch ist es ein Konflikt von so enormer Bedeutung, weil es sich hier wie an vielen Orten im Nahen Osten in vielerlei Hinsicht um einen Stellvertreterkrieg handelt. Es geht nicht nur um Gaza, es geht nicht nur um Israel. Es geht darum, die globale Ordnung neu aufzustellen.

Auf der einen Seite haben wir das, was sich selbst die „Achse des Widerstands“ nennt. Das ist der Iran mit seinen Verbündeten im Nahen Osten und zunehmend seinen Verbündeten außerhalb des Nahen Ostens. Wenn wir von Verbündeten des Irans im

Nahen Osten sprechen, dann sprechen wir zum einen von der Hamas – ein wichtiges Projekt des Irans, der in die Hamas in den vergangenen Jahren laut Schätzungen des israelischen Geheimdienstes mehr als 100 Millionen Dollar pro Jahr investiert hat, und das nicht, um Krankenhäuser oder Universitäten im Gazastreifen zu bauen, sondern ein unterirdisches Netzwerk von mehr als 500 km von Tunneln, in denen sich die Kommandozentralen, die Munitionsdepots, die Waffenfabriken, die Rückzugsorte der Hamas-Terroristen befinden – und um die Raketen zu bauen, die Israel weiterhin jeden Tag beschießen.

Aber das ist nur ein Nebenprojekt des Irans. Das weitaus wichtigste Projekt des Irans ist die Hisbollah im Libanon, die nicht hunderte Millionen erhalten hat, sondern Milliarden – Milliarden, die sie dafür genutzt hat, ein Arsenal von mehr als 150.000 Raketen aufzubauen, das jeden Punkt in Israel erreichen kann. So stark ist die Hisbollah inzwischen, dass israelische Experten sagen, dass der Krieg gegen die Hamas im Vergleich zum Krieg gegen die Hisbollah ein Kinderspiel sein könnte. Denn während die Hamas zwischen 15.000 und 20.000 Raketen besitzt, besitzt die Hisbollah nicht nur sieben- bis achtmal so viel, sondern auch Raketen von einem ganz anderen Kaliber und einer ganz anderen Treffgenauigkeit.

Das heißt, es wird der Hisbollah ein Leichtes sein, die Raketenabwehr Israels zu bewältigen, weil sie punktgenau Orte in Israel angreifen kann. Und wenn eine Rakete der Hamas nur die obersten zwei Etagen eines Gebäudes zerstört, dann zerstört eine Rakete der Hisbollah ein ganzes Haus und in manchen Fällen einen ganzen Häuserblock. Es ist der Hisbollah ein Leichtes, pro Tag 2.000, 3.000 Raketen abzufeuern, und das über einen enorm langen Zeitraum.

Das heißt, es gibt keinen Zweifel daran, dass Israel militärisch am Ende die Hisbollah besiegen wird. Aber der Preis, der Israel für sowas abverlangt werden würde, wäre enorm; vielleicht der schwerste Krieg seit Israels Staatsgründung 1948, ein Krieg, nach dem das Israel, das wir heute kennen, schlicht nicht mehr existieren würde. Es wäre ein Israel ohne Kraftwerke, ohne Meerwasserentsalzungsanlagen, ohne Brücken, mit zehntausenden Toten und hunderttausenden oder Millionen Obdachlosen.

Der Iran hat weitere Projekte im Nahen Osten: pro-iranische Milizen mit mehr als 60.000 Mann unter Waffen, in Syrien mehr als 100.000 Mann unter Waffen, im Irak, und die Huthi-Rebellen im Jemen, die sich bereits aktiv in den Krieg eingemischt haben, mindestens dreimal Drohnen und Marschflugkörper auf Israel abgefeuert haben. Sie wurden zum Teil von einem US-Kriegsschiff im Roten Meer abgefangen. Eine Drohne schlug in Sinai ein, verletzte dort Ägypter, eine andere wurde von den Israelis vor Eilat abgefangen.

Das heißt, wir sprechen schon jetzt von einem Vielfrontenkrieg, wo wir auf der einen Seite den Iran haben und die Achse des Widerstands, zunehmend unterstützt von Russland, welches wiederum auf die Unterstützung des Irans baut, und auf der anderen Seite aus meiner Sicht die Achse der Demokratien und derjenigen, die versuchen, einen friedlichen Ausgleich zu schaffen.

Denn worum geht es in diesen beiden Kriegen eigentlich, in der Ukraine und in Israel? In der Ukraine wurde versucht, eine neue Welt zu verhindern, in der die Ukraine den

EU-Beitritt anstrebt, in dem ein slawisches Volk versucht, eine westliche Lebensweise, eine demokratische Lebensweise zu zeigen. Damit hätte man letztlich auch den Bewohnern Russlands gezeigt, dass es auch einen anderen Weg gibt.

Und worum geht es im Nahen Osten? Wir standen anscheinend nicht weit davon weg, einen Friedensvertrag zwischen Israel und Saudi-Arabien zu unterschreiben. Und damit hätte ein wichtiges islamisches Land dem ganzen Nahen Osten gezeigt, dass es auch einen anderen Weg gibt, mit Israel umzugehen, als den jahrzehntelang andauernden Versuch, es zu vernichten. Was wäre das für eine Aussage gewesen für Organisationen wie Hisbollah, wie Hamas, wie dem Iran, die ihren Bürgern nichts weiter bieten als mehr Krieg gegen vermeintliche Feinde?

Dieser Krieg, der schon heute ein Mehrfrontenkrieg ist und der in vieler Hinsicht die Zukunft des Nahen Ostens entscheiden wird, auch wenn er im Augenblick auf einem Gebiet stattfindet, das so groß ist wie das Bundesland Bremen, betrifft auch Deutschland, weil wir von einer friedlichen Weltordnung profitieren. In einer Weltordnung, in der Menschen versuchen, ihre rückschrittlichen Gedanken dem Großteil der Welt aufzuzwingen, können wir nur verlieren. Und das ist besonders im Nahen Osten sichtbar.

Frau Weinblatt wird von den wirtschaftlichen Folgen für Israel sprechen. Ich möchte kurz von den wirtschaftlichen Folgen für uns sprechen, wenn ein Mehrfrontenkrieg ausbricht bzw. eskaliert. Wir sprechen von Problemen rund um die Straße von Hormus. Uns ist allen klar, was das für den Ölpreis, für den Gaspreis und damit für die deutsche Wirtschaft bedeutet. Wir sprechen vom Suezkanal, sprechen von Lieferketten aus Asien nach Europa und von der Lieferung von Produkten und davon, was all das bedeutet, wenn es dort zu einer Eskalation kommt.

Und so, glaube ich, ist es für Deutsche immer schwerer – oder sollte es immer schwerer sein –, hier einen neutralen Standpunkt einzunehmen, weil es nicht nur um Israel geht. Es ist meine Überzeugung: Wenn wir jetzt zu Israel stehen, stehen wir zu uns selbst als Deutsche. Es geht um unsere demokratische Grundordnung. Es geht darum, dass der Antisemitismus, der aufflammt, immer als Erstes die Juden bedroht, aber danach jeden anderen, der irgendwie anders ist als diejenigen, die eine bestimmte Meinung haben. Juden sind wie der Wellensittich im Kohleflöz immer die Ersten, die von der Stange fallen, wenn die demokratische Grundordnung angezweifelt wird. Es wird dann auch alle anderen Menschen in der Mine betreffen.

„Si vis pacem, para bellum“, hieß es bei den alten Römern. Wenn du Frieden willst, bereite dich auf Krieg vor. Der Krieg ist jetzt leider da. Die Israelis waren nicht genug vorbereitet. Aber dieser Krieg betrifft jetzt Deutschland weitaus mehr, als nur Solidarität auszudrücken. Es geht um konkrete Schritte, und es gibt vieles, was getan werden muss.

Zum einen ist es für Israel sehr wichtig, dass Israel der Rücken freigehalten wird in diesem Krieg. Wie ich schon sagte: Es gibt fürchterliche Bilder aus Gaza, und kein palästinensisches Kind hat es verdient zu sterben. Aber das Perverse an diesem Krieg ist, wie es pervers an jedem Krieg ist, dass es in diesem Krieg darum geht zu verhindern, dass noch mehr Menschen in späteren Kriegen sterben.

Denn was wäre das Resultat davon, wenn Israel diesen Krieg gegen die Hamas nicht zu Ende führt? Es wäre erstens ein klares Signal an jede Terrororganisation, dass sie einen solchen verheerenden Angriff auf Israel und auf jeden Verbündeten von Israel im Nahen Osten überleben kann und ihn besser überleben kann, wenn sie nur noch ein bisschen mehr in Rüstung investiert anstatt in die eigene Bevölkerung. Das darf nicht das Resultat dieses Krieges sein.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Annäherungen an Israel, die wir aus der arabischen Welt gesehen haben, zu einem großen Teil nicht aus Liebe zu Israel kamen. Sie rührten daher, dass Israel als einer der wichtigsten Koalitionspartner im Nahen Osten galt, als starke Militärmacht, die man besser als Freund hat, vor allem, wenn man von woanders bedroht ist, aus Sicht der arabischen Regime bedroht von revolutionären islamistischen Ideologien wie der Hamas, aber allen voran durch den Iran. Israel war wichtig als Stütze in dem empfundenen Existenzkampf gegen das revolutionäre iranische Regime.

Sollte Israel als schwach nach diesem Krieg da stehen, nicht als absoluter Sieger gegen die Hamas, gibt es eine große Gefahr, dass Israel nicht mehr als Bündnispartner wertvoll erscheint. Dann ist ein Friedensprozess mit den arabischen Staaten für geraume Zeit meiner Meinung nach undenkbar, weil sie den Frieden in Israel dann einfach nicht brauchen.

Deswegen geht es Israel darum, dass ihnen der Rücken freigehalten wird, um die Hamas nachhaltig zu schwächen, so sehr zu schwächen, dass sie den Gazastreifen nicht mehr beherrscht, dass es nicht mehr einen Zustand gibt, in der einer Terrororganisation die Instrumente eines Staates zur Verfügung stehen, um sich für den nächsten Krieg gegen Israel und gegen die eigenen Pragmatiker zu rüsten. Und so geht es auch weiter darum, die Pragmatiker, die wenigen, die man im Augenblick im palästinensischen Lager findet, zu stärken. Auch das ist eine Aufgabe Deutschlands. Denn eines ist klar: Auch der Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern gehört weiter zu den existentiellen Interessen Deutschlands.

Es ist die Zeit dafür gekommen, nicht nur mit kriegerischen Mitteln zu verhindern, dass die Hamas weiter existiert, sondern auch mit anderen Mitteln, beispielsweise die Finanzmittel der Hamas auszutrocknen, den diplomatischen Rückhalt zu zerstören. Es kann nicht angehen, dass Menschen wie Saleh al-Aroui, der stellvertretende Führer der Hamas, mit dem Privatflugzeug von der Türkei nach Katar jettet, um Angriffe auf Israel zu planen. Auch Deutschland kann Katar und der Türkei klarmachen, dass Ägypten nicht mehr auf dem Zaun sitzt, sondern sich klar bekennt zum Kampf gegen die Hamas. In all diesen Dingen hat Deutschland ein gewisses Gewicht, eine gewisse Einflussmöglichkeit. Es kann gleichzeitig Einfluss nehmen auf die israelischen Freunde, um ihnen klarzumachen: Der Krieg im Gazastreifen ist nur der erste Schritt. Nachher müssen Optionen geschaffen werden, damit Pragmatiker in der palästinensischen Gesellschaft die Chance haben, den öffentlichen Diskurs in ihrer eigenen Gesellschaft zu gewinnen. Und das erreicht man auch dadurch, dass man Israel der arabischen Welt näherbringt wie beispielsweise zu Saudi-Arabien.

Abschließend möchte ich sagen: Es ist die Absicht der israelischen Regierung, dass die 242 Verschleppten und die 400.000 Reservisten wieder heimkehren können zu

den Shabbat-Tischen in Tel Aviv, in Jerusalem und andernorts in Israel. Ich glaube auch, dass wir hier in Deutschland irgendwann in der Zukunft erst wieder sicher und ruhig Abendbrot essen können, wenn es auch Israelis an ihrem Shabbat-Tisch werden tun können. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ganz herzlichen Dank für Ihre Einblicke und Einordnungen. – Ich würde jetzt Frau Weinblatt das Wort geben, um zu ergänzen, bitte schön.

**Mara Weinblatt (NRW.Global Business):** Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich heute hier dabei sein kann. Ich danke Dr. Gil Yaron für, wie ich finde, sehr spannende und rührende Worte. Ich freue mich, Ihnen heute einen Einblick über die Handelsbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel und die aktuelle wirtschaftliche Situation in Israel geben zu können.

Als Handelspartner steht Israel für NRW zwar nur auf Platz 52; aber wie wir alle wissen, sind die Beziehungen stark ausgeprägt und sehr eng. 2022 wurde nach Angaben der IHK Düsseldorf in einem Wert von etwa 1,4 Milliarden Euro zwischen NRW und Israel gehandelt. Hier liegt der Schwerpunkt normalerweise beim Maschinenbau und chemischen Erzeugnissen.

In Israel spielt auch der Hightechsektor eine sehr große Rolle. Etwa 50 % der Gesamtexporte aus Israel kommen aus der Hightechbranche. Auch hier gibt es sehr viele Kooperationen mit Nordrhein-Westfalen, vor allem in Bereichen wie Cybersicherheit oder Energie. Von etwa 100 deutschen Unternehmen, die in Israel präsent sind, stammen etwa 20 aus NRW, darunter Großkonzerne wie die Deutsche Telekom, Lufthansa, E.ON oder Evonik. Von den etwa 240 israelischen Unternehmen, die einen Standort in Deutschland haben, haben etwa 160 davon ihr Büro in Nordrhein-Westfalen, darunter große Start-ups so wie OrCam, die die Technologie entwickelt haben für die Unterstützung von Menschen mit Sehbehinderung, oder das Unternehmen H2Pro, das Wasserstoffproduktion durch Elektrolyse herstellt.

Israel ist momentan stark angeschlagen, und natürlich ist auch die Wirtschaft davon betroffen. Während die Dörfer und Gemeinden im Süden bis jetzt noch komplett leer stehen, weil alle Personen dort evakuiert worden sind, geht in Städten wie Tel Aviv das Leben langsam weiter. Restaurants und Geschäfte haben vereinzelt wieder geöffnet. Auch die Bauarbeiten und der Schulunterricht haben zumindest eingeschränkt letzte Woche in Tel Aviv wieder angefangen.

Aber wir sehen in Israel gerade einen großen Arbeitskräftemangel. Wie mein Kollege Gil Yaron schon gesagt hat, wurden etwa bis zu 400.000 Personen in den Reservendienst eingezogen. Etwa 130.000 Personen wurden von der Grenze zu Gaza und der Grenze zum Libanon evakuiert. Allein diese 400.000 Personen machen bis zu 3 % der Bevölkerung und 7 % der arbeitenden Bevölkerung aus. Davon sind ungefähr 10 % bis 15 % normalerweise in der Hightechbranche tätig, die, wie gesagt, einer der stärksten Treiber der israelischen Wirtschaft ist.

Des Weiteren fehlen Israel ungefähr 100.000 palästinensische Arbeitskräfte, da normalerweise etwa 70.000 Personen aus der Westbank und etwa 20.000 Personen aus Gaza in Israel tätig sind, vor allem im Bereich der Bauwirtschaft und der Landwirtschaft. Es gibt momentan viele Geschäfte und Restaurants, die, wie gesagt, geschlossen bleiben mussten. Selbst wenn sie offen sind, sind sie momentan nicht gut besucht. Deswegen wurden etwa 100.000 Personen in unbezahlten Urlaub geschickt.

Auch die Landwirtschaft in Israel ist sehr stark von der momentanen Situation betroffen. Das liegt daran, dass etwa 75 % des israelischen Gemüseanbaus an der Grenze zu Gaza stattfindet – so wie auch etwa 20 % des Obstanbaus und 6 % der Milchproduktion. Hier arbeiten normalerweise viele Gastarbeiter aus Asien, aber die wurden, genauso wie auch viele der Landwirte, evakuiert oder sind abgereist.

Große Teile der Infrastruktur dort wurden zerstört, wie zum Beispiel Bewässerungssysteme, was dazu geführt hat, dass viele der Felder nicht bearbeitet werden können und die Erde langsam vertrocknet. Hier wird Israel mit hohen Verlusten rechnen müssen.

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen die Israelische Wirtschaft konfrontiert ist, hat die Bank of Israel die Wachstumsprognose, die für dieses Jahr wie auch für nächstes Jahr bei 3 % lag, auf 2,3 % zurückgesetzt und im Falle eines Endes des Kriegs für nächstes Jahr auf 2,8 % gesetzt. Der Schekel hat letzte Woche seinen tiefsten Wert seit acht Jahren erreicht. Er hat sich mittlerweile ein wenig erholt, was vielleicht daran liegen könnte, dass viele Menschen immer noch die Hoffnung haben, dass sich die Ausschreitungen letztendlich nur auf den Gazastreifen konzentrieren und es nicht zu größeren Ausschreitungen an der Nordgrenze kommt.

Dennoch haben viele Ratingagenturen Israels Kreditbewertung von stabil auf negativ gesenkt, was natürlich dazu führen kann, dass der Schekel weiter abgewertet wird und dass die Kosten für Kredite erhöht werden. Die direkten Kriegskosten liegen momentan bei etwa 250 Millionen Euro am Tag. Hier muss man davon ausgehen, dass in der Zukunft noch viele weitere Kosten für den Wiederaufbau der Gemeinden oder auch zur Entschädigung von Privatpersonen und Unternehmen hinzukommen werden.

Die israelische Hightechbranche, die, wie gesagt, einer der größten Treiber der israelischen Wirtschaft ist, hat dieses Jahr generell schon ein schwieriges Jahr gehabt. Das ist zum einen wegen der generellen Weltwirtschaftskrise, aber zum anderen auch wegen der ursprünglich geplanten Justizreform. Hier haben wir im ersten Halbjahr dieses Jahres einen Rückgang an Investitionen von etwa 70 % vermerkt. Das hat sich im dritten Quartal etwas beruhigt, und der Rückgang lag bei etwa 40 %. Allerdings werden wir jetzt sehen, wie es hier weitergeht. Bis jetzt muss man sagen, dass sich die Hightechbranche relativ resilient zeigt. Allein diese Woche gab es eine große Investition in ein israelisches Start-up namens NEXT Insurance. Das war die größte Investition in ein Unternehmen aus dem Bereich Versicherungstechnologie dieses Jahr weltweit. Dann wurde das große Cybersicherheitsunternehmen Dig Security für 400 Millionen von der amerikanischen Firma Palo Alto Networks gekauft. Wir sehen hier, dass doch noch Investitionen getätigt werden.

Allerdings gibt es für die Unternehmen in der Hightechbranche, die momentan keine Investitionen bekommen können, bereits Unterstützung. Die Israel Innovation Authority –

das ist die Branche der israelischen Regierung, die zuständig ist für den Hightech-Bereich – hat bereits einen Fonds von etwa 100 Millionen Schekel auf die Beine gestellt – das sind etwa 24 Millionen Euro –, um israelische Unternehmen zu unterstützen. Sie gehen davon aus, dass etwa 200 Millionen Schekel, etwa 50 Millionen Euro, an Geldern von Privatinvestoren hinzukommen werden. Diese Fonds existieren bereits, damit wir garantieren können, dass die Unternehmen wie geplant weiterarbeiten können.

In diesen herausfordernden Zeiten liegt uns sehr viel an engen Partnerschaften wie die zwischen Israel und Nordrhein-Westfalen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Ihnen allen bedanken für die Unterstützung, die Israel von NRW bekommen hat und sicherlich auch noch bekommen wird. Ich freue mich sehr, die Beziehungen der zwei Länder in der Zukunft weiter auszubauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ganz herzlichen Dank, Frau Weinblatt, für Ihre Ergänzungen und für die Informationen, die Sie uns gegeben haben, wobei vieles auch dabei war, glaube ich, was nicht bekannt war. Vielen Dank dafür.

Bevor ich jetzt den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit gebe, Fragen an Dr. Yaron und Frau Weinblatt zu stellen oder zu kommentieren, hat Herr Minister Liminski um das Wort gebeten, bitte schön.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zur Situation in Israel haben die beiden Experten, glaube ich, alles Notwendige gesagt. Es ist eine sehr bedrückende Situation nach wie vor. Ich glaube, es ist für uns wichtig in Nordrhein-Westfalen, uns zu vergegenwärtigen, wie diese Situation vor Ort ist.

Mir ist ein Austausch mit einem Bekannten sehr im Ohr, der üblicherweise im Nationalen Sicherheitsrat in Israel arbeitet, dort für Deutschland zuständig ist, aktuell allerdings eingezogener Reservist. Der hat mir am Tag des Anschlags, am 7. Oktober, eine WhatsApp geschrieben, wo er geschrieben hat: Bitte habt jetzt nicht immer das Bild von Israel vor Augen als dem Hightech-Giganten mit der großen starken Armee, als der großen Industrienation. Wenn wir tatsächlich in einen Mehrfrontenkrieg geraten, dann wird es für uns hier sehr, sehr dünn. – Und ich kriege jetzt noch Gänsehaut, wenn ich das wiederhole. Denn das war jemand, als ich einige Monate vorher da gewesen war, der strotzte vor Zuversicht und vor Selbstvertrauen. Er gehörte zu der Begleitung auf Seiten des israelischen Ministers für strategische Angelegenheiten, als ich ihn im Büro von Premierminister Netanjahu getroffen habe. Dieser junge Mann hat sehr eindrücklich klar gemacht in dem Moment, wie verwundbar Israel ist.

Ich glaube, das müssen wir uns hier, die wir immer das Bild vom starken Israel haben, in diesen Tagen immer wieder vor Augen führen, damit wir nicht glauben: Eigentlich kommen sie ja schon selber klar damit, das ist nur eine Frage der Zeit, wie grausam die Bilder auch immer werden. Es ist tatsächlich so, wie Dr. Yaron und Frau Weinblatt ausgeführt haben: Es ist existenziell – oder so wie Dr. Yaron auch betont hat –,

wahrscheinlich so existenziell wie noch in der Geschichte des Staates Israel. Das ist der Grund, warum wir als Landesregierung trotz der klaren Kompetenzordnung, die wir in Deutschland haben, wonach die Bundesregierung für die Außen- und Sicherheitspolitik zuständig ist, auch darüber nachdenken, was wir beitragen können.

Sie alle wissen um die Tradition der engen Verbundenheit der nordrhein-westfälischen Politik mit Israel, parteiübergreifend. Das hat alle Ministerpräsidenten im Amt immer intensiv beschäftigt, gleich welcher Couleur. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass der Landtag im letzten Plenum mit dem Antrag zur Solidarität Israels ein sehr starkes Zeichen gesetzt hat. Gerade diese parteiübergreifenden Zeichen, diese eindeutigen und auch einmütigen Zeichen, sind in ihrer Bedeutung nicht zu überschätzen. Das ist der Grund, warum wir als Landesregierung uns auch stark gemacht haben, in jedem uns zugänglichen Format darauf hinzuwirken, dass wir zu einer solchen Beschlussfassung kommen – sei es der Bundesrat, wo wir das angestoßen haben, sei es die Ministerpräsidentenkonferenz, sei es, wie hier seitens der Fraktion geschehen, im Landtag.

Wir versuchen das in jedem uns zugänglichen Format. Je unübersichtlicher die Lage wird, je unübersichtlicher die politische Diskussion wird, desto komplexer wird auch die Gemengelage. Und dann droht auch manchmal vergessen zu werden, wer hier Angreifer ist und wer sich hier selbst verteidigt. Vor dem Hintergrund ist es uns wichtig, das klar zu haben. Das ist der Grund, warum wir diese Bemühungen unternehmen.

Darüber hinaus prüfen wir natürlich, was im Rahmen unserer Zuständigkeiten zu tun ist. Wir haben als Land eine ganze Menge Zuständigkeiten, in denen wir viel dazu beitragen können, das „Nie Wieder!“ in die Tat umzusetzen. Das ist der Grund, warum ich etwa diesen Dialog mit den Religionsgemeinschaften entsprechend angeschoben habe. Wir wollen nicht, dass auf unseren Straßen Gewalt verherrlicht wird, antijüdische, antiisraelische Hetze verbreitet wird. Dazu tragen alle Akteure eine große Verantwortung. Das ist sicherlich auch Thema in anderen Ausschüssen. Ich will es nur hier deshalb in Erinnerung gerufen haben.

Mit Blick auf diesen Ausschuss möchte ich heute auf ein Projekt hinweisen, was wir just gestern bzw. heute gestartet haben, nämlich das neue Aufbauprojekt „Schalom – Chaveruth: Solidaritätspartnerschaften NRW-Israel“. Wir haben durch das Landesbüro, was momentan vielfach von hier aus arbeitet, überlegt, wie wir jetzt ein Zeichen an Israel setzen können und es nicht nur bei Worten belassen. Was uns umgetrieben hat, war der Gedanke: Was kann man dem entgegenstellen, dass der Hamas-Terror versucht hat, das Judentum aus einem Gebiet auszumerzen bzw. auszulöschen?

Dem können wir entgegenstellen, dass wir in Partnerschaften dafür sorgen, dass dort jüdisches Leben wieder erblüht. Das ist für viele in Israel noch eine Fernvision. Die haben gerade noch mit ganz anderen Fragen zu kämpfen. Es ist wichtig, dass wir zeigen, dass wir an das Bestehen des Staates Israel glauben und dass wir an der Stelle auch dauerhaft hier die Partnerschaft vertiefen wollen.

Sie alle wissen – wir diskutieren das hier im Ausschuss vielfach bei anderen Herausforderungen –, wie sehr das Instrument der Städtepartnerschaften dazu beiträgt, dass wirklich persönliche Bindung, persönliche Beziehung entsteht. Das ist das Nachhaltigste

im Austausch miteinander, und das ist der Grund, warum wir dieses Instrument jetzt auch in Israel ausweiten wollen.

Wir haben aktuell schon bestehend 30 Städtepartnerschaften zwischen nordrhein-westfälischen Kommunen und israelischen Kommunen. Wir wollen das deutlich ausweiten und wollen es fokussieren auf die Gebiete nahe des Gazastreifens. Ich freue mich, dass wir mit einer der größten Städte unseres Landes, nämlich mit Essen, schon vorangehen können. Essen hat schon eine sehr etablierte Städtepartnerschaft mit Tel Aviv gehabt und weitet diese jetzt aus auf die Stadt Aschkelon, eine Stadt, die zu denen gehört, die am meisten vom Raketenterror der Hamas betroffen ist. Dort weiß man das auch sehr zu schätzen.

Wir haben diese Partnerschaft außerdem bereits erweitert um eine Partnerschaft zwischen den beiden Kliniken Essen und Tel Aviv, beides Top-Institute der Medizin. Ich hatte gestern eine Schalte mit den beiden Leitern, mit Professor Werner hier in Essen und Professor Gamzu in Tel Aviv. Professor Gamzu hat uns erläutert, mit welchen Fragen die sich gerade auseinandersetzen, welche Verletzungen, sowohl an Leib als auch an Seele und Psyche. Das ist nicht nur in der Qualität frappierend, sondern auch in der Quantität – neben der Frage, dass die Klinik darüber nachdenkt, wie sie sich selber verteidigt und sichert, weil mit Raketeneinschlägen ja auch permanent zu rechnen ist.

Ich glaube, dass das zwei erste Schritte im Rahmen dieses neuen Aufbauprojektes sind, die zeigen, dass wir ganz konkret etwas tun können. Wir werden dafür die Mittel aus dem Landesbüro, die jetzt in Patenschaftsprojekten vor Ort nicht umgesetzt werden können, entsprechend einsetzen. Es zeigt sich in dieser Stunde, wie wertvoll es ist, a) dass wir ein Büro vor Ort haben, aber – wenn ich das sagen darf, Herr Dr. Yaron – b) dass es von Ihnen geleitet wird und dass Ihr Team diese Arbeit so exzellent macht, weil wir jetzt nicht nur in der Lage sind, ein eigenes Lagebild zu haben, sondern wir kommen vor allen Dingen jetzt ganz konkret an Institutionen und Menschen, Personen, Verantwortungsträger in Israel heran und können als Nordrhein-Westfalen tätig werden.

Der Grund, warum ich eben rausgegangen bin bei einem anderen Tagesordnungspunkt, war ein Anruf des israelischen Botschafters, der sich persönlich bedanken wollte, weil das Projekt heute Morgen veröffentlicht worden ist. Er war sehr bewegt davon, dass Nordrhein-Westfalen im Wissen um begrenzte Möglichkeiten hier schon Tatsachen schaffen will und konkret werden will. Deswegen, glaube ich, können wir eine ganze Menge tun. Das wollte ich Ihnen auch persönlich berichten, bevor wir jetzt in die Aussprache treten.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank, Minister Liminski. Ich bitte dann um Wortmeldungen vonseiten der Ausschussmitglieder bei Bedarf. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass wir nur eine Frage- oder Kommentierungsrunde machen können und dann aus Zeitgründen eine kurze Antwortrunde.

Ich würde selber anfangen. Ich hätte eine Frage an Sie, Herr Dr. Yaron und Frau Weinblatt. Was uns sehr beschäftigt, auch beim 7. Oktober, ist: Wie konnte es dazu kommen? Wie war es der Hamas möglich, diesen hunderte Millionen teuren Hightechzaun

zu überwinden, und was ist in Israel falsch gelaufen? Was hat das Militär falsch interpretiert, übersehen, dass der 7. Oktober so stattfinden konnte, wie er stattgefunden hat?

Die Frage, „wie konnte das passieren?“, ist schon eine, die uns auch umtreibt. Wenn Sie da Informationen haben oder uns da eine Einordnung geben würden, wäre ich Ihnen dankbar.

Ich habe die Wortmeldung gesehen, zuerst von Frau Plonsker für die CDU-Fraktion.

**Romina Plonsker (CDU):** Sehr geehrter Herr Yaron! Sehr geehrte Frau Weinblatt! Vielen Dank für diesen wirklich bedrückenden Bericht. Es ist irgendwie strange, sich dafür zu bedanken, dass Sie in dieser Art hier vorgetragen haben. Aber ich glaube, dass es wichtig ist, den Tatsachen ins Auge zu schauen. Das macht uns alle bedrückt. Viele von uns versuchen auch vor Ort zu helfen, etwa durch Städtepartnerschaften oder dadurch, dass wir in den Austausch mit den jüdischen Gemeinden darüber gehen, was das mit Menschen hier in Deutschland macht.

Sie haben eben, ich glaube Frau Weinblatt war es, das Thema „Landwirtschaft“ angesprochen. Da hat sich für mich jetzt die Frage gestellt: Wenn es Schwierigkeiten gibt, Landwirtschaft zu betreiben, weil der große Teil an der Grenze zum Gazastreifen stattfindet, ob das auch langfristige Auswirkungen auf die Ernährung der Israeliten hat, wie die Reaktion darauf ist und ob das möglicherweise ein Ziel der Hamas ist, genau da Israel zu verwunden – eben nicht nur militärisch, sondern auch durch Ernteauffälle und Co.? Das wäre natürlich sehr dramatisch.

**Inge Blask (SPD):** Sehr geehrter Dr. Yaron, für die SPD-Fraktion darf ich an der Stelle erst mal unser herzliches Beileid für die vielen Toten mitgeben, aber auch unser Mitgefühl für die vielen Verwundeten, die vielen Verschleppten. Nehmen Sie dieses Beileid, dieses Mitgefühl bitte nach Israel mit!

Wir als SPD-Fraktion stehen zu dem Solidaritätsantrag, den wir gemeinsam hier im Landtag im Plenum in der letzten Woche eingebracht haben, und können an der Stelle Sie, Herr Liminski, und die Landesregierung nur auffordern, alles Notwendige zu tun, zu unterstützen, zu helfen und an der Seite Israels zu stehen.

Ich habe heute an der Stelle gar keine Fragen, weil ich glaube, die Weltlage ist so schwierig, so komplex, solch eine Zeitenwende, dass ich denke, dass Sie unser Mitgefühl mitnehmen sollten.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann hätten Sie, Herr Dr. Yaron, die Möglichkeit auf die Fragen einzugehen und dann Frau Weinblatt.

**Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen in Israel):** Die Frage, wie das passieren konnte, ist natürlich eine Frage, die Israel sehr intensiv beschäftigt. Die endgültige Antwort werden wir wahrscheinlich erst nach dem Krieg wissen. Es wurde schon versprochen, auch von der Regierung, dass Untersuchungskommis-

sionen eingesetzt werden. Man möchte sich mit dieser Frage hauptsächlich nach dem Krieg beschäftigen, zumal man jetzt Schuldzuweisungen vermeiden möchte, um eine geeinte Front bilden zu können.

Was bis jetzt hauptsächlich aus Medienberichten innerhalb Israels klar geworden ist, sind folgende zwei Punkte: Sie haben das schon in Ihrer Frage selbst erwähnt. Das Eine ist: Die Hamas hat das sehr gut geplant. Es ist ihr zu einem Teil gelungen, einen großen Teil ihrer Vorbereitungen geheim zu halten, einfach weil sie sich bewusst war, wo der israelische Geheimdienst mithört und wo nicht. Da wurden auch absichtlich sehr häufig falsche Fährten gelegt. Die Hamas war daran interessiert, die Israelis im Glauben zu lassen, dass sie nicht an einer militärischen Konfrontation interessiert ist. Das hat sich beispielsweise dadurch gemacht, dass sie sich in den letzten zwei Schlagabtauschen zwischen dem Gazastreifen und Israel völlig herausgehalten hat. Die fanden statt zwischen dem palästinensischen Islamischen Dschihad, einer noch extremeren Gruppierung innerhalb Gazas, und Israel, und die Hamas hat sich da schlicht nicht eingemischt.

Die Kommunikationen, die zu dem Angriff stattfanden, fanden alle analog statt – nicht über Handys, sondern über Austausch von Briefen, Dokumenten. Die Rechner, an denen man die Pläne erstellt hat, waren alle nicht ans Internet angeschlossen. Das heißt, die haben sich sehr gut vor dem israelischen Geheimdienst geschützt. Die haben das sehr kompartimentalisiert. Das heißt, eigentlich wusste in den niederen Rängen niemand etwas vom großen Plan.

Ein Großteil der Kämpfer der Hamas, der Terroristen, die über die Grenze gekommen sind – jetzt nach neueren Schätzungen an die 3.000, Israel spricht nicht mehr nur noch von 1.800, sondern von an die 3.000 Personen, die über die Grenze kamen –, wusste erst in der Nacht von Freitag auf Samstag, dass der Angriff stattfinden wird, was insofern eine große Errungenschaft der Hamas ist, rein militärisch gesehen, weil an diesen Plänen seit mindestens zwei Jahren gearbeitet wurde.

Das weiß man daher: Bei den toten Hamas-Terroristen, die eingedrungen sind in die verschiedenen Kibbuzim und Städte und Dörfer in Israel, fand man ganz detaillierte Einsatzpläne. Da stand: Diese Kommandoeinheit dringt von Norden ein, diese von Süden, diese kümmert sich darum, Hinterhalte zu legen, diese kümmert sich darum, die Zivilisten in die Essensräume zu treiben usw. usf. Das war bis ins kleinste Detail geplant. Die waren datiert auf Oktober 2022. Das heißt, die Pläne existieren seit einem Jahr. Um solche detaillierten Pläne vorzubereiten, braucht man mindestens ein Jahr, sagen Militärexperten. Das heißt, die arbeiten seit mindestens zwei Jahren daran.

Ein wichtiger Punkt, weshalb Israel so überrascht wurde, ist, dass Israel einfach die Intentionen der Hamas nicht erkannt hat und sich das nicht vorstellen konnte. Das Augenmerk war auf den Iran gerichtet. Das Augenmerk war auf das Westjordanland gerichtet. Der Chef des Inlandsgeheimdienstes blieb Freitagabend, in der Nacht vor dem Angriff, in seinem Hauptquartier, weil auf einmal der israelische Geheimdienst erhöhte Aktivitäten in den Kommunikationsnetzwerken der Hamas feststellte. Die wollten wissen, worum es geht. Er hatte den Verdacht, dass es zu einem Angriff kommen könnte, und entsandte mehrere Einsatzteams des Inlandsgeheimdienstes an die Grenze. Aber es handelte sich da um ein paar Dutzend Mann. Man konnte sich nicht

vorstellen, dass 3.000 Menschen über die Grenze kommen. Man dachte, da kommen vielleicht mal 20.

Das heißt, in Israel wird heute eine neue Frage diskutiert. Es ist eine sehr tiefgehende Frage. Die Debatte, die dort im Augenblick stattfindet, ist: Geht es in unserer Abwehrstrategie darum, dass wir die Absichten unserer Gegner oder die Fähigkeiten unserer Gegner kennen müssen? Was muss entscheidend sein für unsere Politik? In den letzten 20, 30 Jahren hat sich in Israel die Ansicht durchgesetzt: Wir müssen wissen, was die Absichten des Gegners sind. Denn wenn der Gegner ganz viele Waffen hat und sie nicht gegen uns anwenden will, dann sind diese Waffen irrelevant.

Diese Ansicht, die das israelische strategische Denken über Jahrzehnte dominiert hat, ist, glaube ich, im Augenblick im Rückzug begriffen in der öffentlichen Debatte. Jetzt behandelt man die Frage: Müssen wir uns eigentlich immer darum kümmern, welche Fähigkeiten unsere Nachbarn haben, daraus auch unsere militärischen und diplomatischen Schlüsse ziehen und dafür sorgen, dass unsere Feinde einfach keine Fähigkeiten mehr besitzen?

Was die Landwirtschaft betrifft, ich glaube, da kann Frau Weinblatt Antwort geben. Ich kann nur einen kurzen Punkt dazu sagen, dass heute Morgen schon ein Bericht im israelischen Radio über Freiwillige zu hören war, die im Augenblick neue Blumen und Zwiebeln pflanzen rund um den Gazastreifen, unter Raketenbeschuss. Und zwar machen die das für die verschleppten Landwirte und die, die ihre Häuser geräumt haben. Die fahren jetzt aus eigenen Stücken dahin und helfen den Landwirten, damit da wieder was blüht, was geerntet werden kann. – Ich gebe das Wort weiter an Frau Weinblatt.

**Mara Weinblatt (NRW.Global Business):** Danke, Herr Yaron. Vielen Dank für die Frage. Ich kann mich Herrn Yaron nur anschließen. Was man auf jeden Fall sehen kann, ist, dass es von der Zivilbevölkerung bereits sehr viel Hilfe gibt, eigentlich seit Wochen. Viele von ihnen fahren runter in den Süden, ernten die Produkte und versuchen, sie dann auf irgendeinem Markt zu verkaufen, um die Landwirte zu unterstützen.

Aber die ersten Prognosen sagen, es kann schon dazu führen, dass in den nächsten Wochen teilweise Produkte nicht mehr so leicht im Supermarkt erhältlich sein werden. Ich weiß nicht, ob das ein Plan der Hamas war. Ich glaube, es ist eher Zufall, dass diese Gebiete nun mal genau da in dem Grenzstreifen liegen. Ich weiß nicht, wie sehr sie da diesen Hintergedanken hatten. Ich glaube, dass es auf jeden Fall keine akuten Probleme geben wird. Es kann natürlich sein, dass es dazu kommt, dass gewisse Produkte einfach nicht mehr so leicht erhältlich sind.

Das hängt aber auch, abgesehen von den Problemen in der Landwirtschaft, viel mit den momentanen Problemen im Transport zusammen. Da viele der Personen momentan, wie gesagt, zum Reservedienst eingezogen worden sind, fehlt sehr viel an der Logistik innerhalb des Landes, um die Lebensmittel überhaupt von A nach B zu bringen. Genaue Zahlen habe ich hierzu leider noch nicht. Aber es kann sich auf jeden Fall in den nächsten Wochen zu einem größeren Problem entwickeln.

**Dr. Gil Yaron:** Wenn ich dazu noch einen kleinen Punkt ergänzen könnte. Ich weiß nicht, ob das die Taktik der Hamas war. Aber die Strategie der Hamas wird klar dargelegt in ihrer Charta. Und da geht es um die Vernichtung Israels, und dafür ist jedes Mittel recht.

Wir dürfen uns daran erinnern, dass das absichtliche Inbrandsetzen von landwirtschaftlichen Gegenden seit Jahren zur Taktik der Hamas gehört, die ja solche Drachen und Ballons mit Brandsätzen und Sprengsätzen über die Grenze aus Gaza in Richtung Israel geschickt hat, um Acker abzufackeln und Wälder abzubrennen. Das ist ein Teil ihres Kriegsführungskonzepts, weil es einfach darum geht, ein Leben von Israelis in der Umgebung Gazas auf jede Art und Weise unmöglich zu machen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank, Herr Dr. Yaron, vielen Dank, Frau Weinblatt, dass Sie den Ausschuss, das Parlament teilhaben lassen an Ihren Einschätzungen und Ausführungen, die in der Tat sehr bedrückend sind.

Ich erlebe in Düsseldorf beides. Ich war gestern beim interreligiösen Gebet vor dem Rathaus mit Imam, Rabbinern und christlichen Kirchen, wo wir alles versuchen, dass sich das nicht überträgt, und deutlich machen, dass das Zusammenleben der wichtige Punkt ist in einer Demokratie, das Miteinander und nicht das Gegeneinander.

Andererseits wurden für morgen in Düsseldorf pro-palästinensische Demonstrationen angemeldet, diesmal von einer härteren, radikaleren Szene, wobei die Polizei Düsseldorf gestern auch klar gesagt hat: Da werden wir mit ganz großem Geschirr dabei sein und das begleiten. Wir werden sehen, was passiert. In diesen Polen leben wir. Wir versuchen, das Miteinander zu stärken. Die Anteilnahme ist, glaube ich, da – das kann man durchaus sagen –, auch in der großen Mehrheit der Bevölkerung. Aber es wird natürlich auch für uns hier in der politischen Auseinandersetzung keine einfache Aufgabe. Wir sehen in puncto Antisemitismus, wie er steigt, und dass wir da Handlungsbedarf haben.

Ich mache jetzt hier einen harten Cut. Ich finde, es hat sich sehr gelohnt, sie beide hier zu hören. Ich werde jetzt in der Tagesordnung weitermachen. Sie können gerne bleiben, Sie können uns natürlich auch verlassen. Sie haben sicher beide noch viel zu tun. – Vielen Dank, Frau Weinblatt. Vielen Dank, Herr Dr. Yaron.

(Beifall)

### 3 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5000

Einzelplan 02  
im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses  
Vorlage 18/1429  
Vorlage 18/1786

Vorlage 18/1763  
(u. a. relevante Kapitel im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Internationales)

– abschließende Beratung und Abstimmung

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** merkt an, in der letzten Sitzung habe der Ausschuss den Einführungsbericht des Ministers zur Kenntnis genommen. Zwischenzeitlich seien acht Änderungsanträge der Fraktion der SPD eingereicht worden, die dem Ausschuss als Tischvorlage vorlägen.

**Inge Blask (SPD)** verweist auf die Änderungsanträge ihrer Fraktion (**vgl. Vorlage 18/1910**).

Der Antrag (**lfd. Nr. 1, Vorlage 18/1910**) zu **Kapitel 02 010 Ministerpräsident – Titelgruppe 64 – Internationale Angelegenheiten – Titel 526 64 – Ausgaben für Gutachten, Sachverständige, Werkverträge und Ähnliches** – ziele auf den Aufbau einer dauerhaften Repräsentanz von NRW im Vereinigten Königreich.

Mit den vorgeschlagenen 500.000 Euro solle auch die Finanzierung einer Projektstelle für den intensiveren Ausbau der Partnerschaft zwischen dem Regionalverband Ruhr und der Greater Manchester Combined Authority gesichert werden. Das sei dringend notwendig.

Bei einem zweiten Änderungsantrag zu **Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten – Titel 684 10 – Zuschüsse für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit** – (**lfd. Nr. 6, Vorlage 18/1910**) gehe es um das Thema „Promotorinnen- und Promotorenprogramm“. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und die Bildungsarbeit hier in Nordrhein-Westfalen halte ihre Fraktion für sehr wichtig. Die Promotorinnen und Promotoren hätten berichtet, dass an der Stelle nicht komplett eingespart werden solle, sondern nur noch um die Hälfte. Da gehe es um 77.000 Euro, die fehlen würden. Wenn man genügend politischen Willen hätte, könnte man das Thema aus der Haushaltskürzung rausnehmen und die wirklich wertvolle Arbeit auch fortsetzen. Die anderen Anträge bitte sie nachzulesen.

Im zweiten Teil wolle sie auf die Beantwortung der Fragen durch das Ministerium eingehen, die ihre Fraktion gestellt habe. Eine Antwort betreffe das NRW-USA-Jahr.

Dafür seien 300.000 Euro in diesem Jahr eingeplant. Sie frage dezidiert, wofür genau das Budget vorgesehen sei, welche weiteren Aktivitäten in diesem Jahr noch geplant seien und was insgesamt strategisch konzeptionell mit der Investition erreicht werden solle. Auch die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden würde an der Stelle interessieren. Da wüsste sie gerne, ob die in dem NRW-USA-Jahr auch vorkomme.

Dann komme sie auf Frage 7 zu sprechen. Es würden Aktivitäten zum Thema „Europawahlen“ erwähnt, insbesondere, wie man junge Menschen für die Europawahl erreichen könne. Da wüsste sie gerne, welche Kanäle der Kommunikation geplant seien, wie junge Menschen überzeugt werden sollten und ob in diesem Zusammenhang auch eine Zusammenarbeit mit den Kommunen angedacht sei. Sie schlage vor, den Kommunen diese Materialien zur Verfügung stellen, damit das Ganze noch mehr in die Breite getragen werde.

Sie würde dann zu Frage 11 kommen. Da gehe es um das, was in der Vergangenheit gelaufen sei. Es seien 333 Interrail-Tickets vergeben worden. Es hätten neun Schulen an dem Projekt EU-Jugendbotschafter@school teilgenommen. 40 Auszubildende hätten am Projekt „Europa Erleben und Lernen“ in den Jahren 2022 und 2023 am Azubi- und Schülerforum teilgenommen. Wenn man die Einwohnerzahlen von Nordrhein-Westfalen sehe, seien das nicht sehr viele junge Menschen, die man erreicht habe. Sie frage, ob es da neue Konzepte gebe, was auf die Beine gestellt werden solle, um auch junge Menschen für das Friedensprojekt „Europa“ zu erreichen?

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** bedankt sich. Er würde zunächst die Fragen vonseiten der Ausschussmitglieder sammeln und dann dem Minister das Wort geben wollen.

**Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)** legt dar, der Haushalt 2024 sehe auf den ersten Blick schön aus – 7,2 Milliarden Euro mehr im Gesamtetat. Doch es sei nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick scheine. Man werde nicht aus vollen Händen schöpfen können, sondern es seien überall Einsparungen und Priorisierungen notwendig. Daher verwunderten auch die Änderungsanträge der SPD, 2 Millionen Euro mehr auszugeben, ohne zu schauen, wo denn die Gelder an anderer Stelle zurückgewonnen werden könnten.

Die Koalitionsfraktionen würden auch gerne mehr Geld ausgeben. Doch anders als in den Jahren vor 2021 sei das leider nicht mehr möglich, und zwar aus verschiedenen Gründen, auf die er an dieser Stelle nicht eingehen wolle. Leider schlugen sich die Einsparungen und Priorisierungen auch auf den Bereich Europa, Internationales, Eine Welt nieder.

Der Koalition sei es wichtig, dass man versuche, an gewachsenen Strukturen festzuhalten, den Haushalt zu konsolidieren, um gleichzeitig die wichtige Arbeit, die an vielen Stellen gemacht werde, weiter leisten zu können.

Frau Blask habe es angesprochen: Schmerzlich seien die Kürzungen, die im Eine-Welt-Bereich, im Promotorinnen-Programm vorgenommen worden seien. Die Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren leisteten eine sehr wertvolle Arbeit, die nicht zu missen sei und die in der Eine-Welt-Szene NRW, in der entwicklungspolitischen

Bildungsarbeit und darüber hinaus eine ganz enorme Bedeutung habe. Daher sei es auch im Interesse seiner Fraktion, dass diese Kürzungen nicht dazu führen würden, dass hier Kompetenzen verlorengehen, dass hier Personal verlorengehe. Seine Fraktion werde sich in den anstehenden Beratungen dafür einsetzen, dass hier noch Veränderungen möglich seien.

Frau Blask habe schon kurz darauf hingewiesen, dass man da auf einem guten Wege sei. Den werde die Koalition fortsetzen, sodass man in dem Bereich im Rahmen der Notwendigkeiten weiterhin gut arbeiten könne und das Engagement der Landesregierung und des Parlaments im Bereich Europa, Internationales, Eine Welt so fortführen werde wie in den vergangenen Jahren auch.

**Dr. Hartmut Beucker (AfD)** führt aus, angesichts der aktuellen Finanzierungsprobleme sei anzuerkennen, dass die Haushaltsansätze für den Bereich Europa und Internationales geringer ausfielen als im Vorjahr. Die Einsparungen erschienen seiner Fraktion als nicht ausreichend. NRW habe Bezüge zur Welt. Wenn man aber auf den Umfang der NRW-Aktivitäten und die Kompetenzen des Grundgesetzes schaue, erscheine die sogenannte Außenpolitik der Landesregierung doch eher als teures Hobby. Das, was an Aktivitäten in Bezug auf die EU geplant sei, beurteile die AfD als Propaganda. Eine Institution, der man meine, so beispringen zu müssen, benötige eher gut gemeinte Kritik als solche Beweihräucherung.

Einen zu großen Raum nehme auch die Förderung von NGOs ein. Die Frage sei, bis zu welcher Höhe einer Förderung durch die Regierung überhaupt noch eine Nicht-Regierungsorganisation vorliege. Für NGOs sollte der Steuerzahler gerade nicht in Anspruch genommen werden.

Seine Fraktion mahne eine umfassende Aufgabenkritik an. Das beziehe sich sowohl auf das Ob der Förderung als auch auf die jeweilige Höhe. Daher lehne seine Fraktion den Haushalt ebenso wie die Änderungsanträge der SPD ab.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** hält fest, auf der einen Seite sehe er, dass der Haushalt, der jetzt vorgelegt werde, eine Fortführung der Politik, auch der Finanzpolitik der letzten Jahre im Europaausschuss darstelle, was er sehr begrüße.

Auf der anderen Seite: Wenn er die Diskussion mit den Euregios eben aufmerksam verfolgt habe, dann gebe es mit Sicherheit immer den einen oder anderen Wunsch, wo man etwas verbessern könnte, wobei er allerdings konstatieren müsse, dass man, wenn es die haushalterischen Maßnahmen nicht zuließen, Prioritäten setzen müsse.

Seine Fraktion halte Änderungen im Einzelplan 02 für geboten, habe aber noch keine Anträge eingereicht. Bei der Abstimmung über den Haushalt werde sich seine Fraktion enthalten.

**Romina Plonsker (CDU)** schickt voraus, Herr Dr. Kaiser habe bereits gesagt, dass man sich in einem schwierigen Umfeld bewege. Da seien zu nennen: die hohen Inflationsraten, der russische Angriffskrieg, die daraus folgend stark gestiegenen Energie-

preise und auch die hohen Flüchtlingszahlen, die das Land umtrieben und finanziell belasteten.

Man habe in den letzten Jahren einen enormen Aufwuchs in den Bereichen, die diesen Ausschuss hier betreffen, erzielen können. Man müsse sich jetzt an diese Rahmenbedingungen anpassen. Deshalb teile sie die Aussage, man könne immer mehr, immer höher, immer weiter. Keine Organisation würde sich verweigern, mehr Geld für die Aktivitäten zu bekommen. Aber die vielen Akteure, mit denen sie spreche und in Kontakt sei, verstünden auch, dass es ein schwieriges Umfeld sei, in dem man sich bewegen. Deshalb sei sie erst mal den Mittelempfängern aus dem Landeshaushalt dankbar, dass sie sich den Rahmenbedingungen so anpassten – anpassen müssten, aber auch sehr kollegial damit umgingen.

Die Koalition wolle Prioritäten setzen. Das habe der Minister in seiner Einbringungsrede verdeutlicht. Der Koalition, besonders auch der CDU-Fraktion sei sieben Monate vor der Europawahl wichtig, sich mit der Europawahl zu beschäftigen. Sie sei glücklich, dass man sich von einer Fraktion hier im Haus abgrenze. Die Koalitionsfraktionen legten einen Schwerpunkt auf europapolitische Bildungsarbeit und nähmen auch junge und bildungsferne Bevölkerungsschichten in den Blick: „Denn Europa ist Demokratie, Europa ist unsere Zukunft.“

Der Minister habe heute eine Pressemitteilung zu den Europa-Schecks herausgeschickt, wobei die Koalition sehr stolz sei, dass sie an den Start gingen, dass das auch weitergeführt werde. Die Europaschulen und Europaprofilschulen würden gestärkt. Das hätten die Euregios auch noch mal betont.

Mit Blick auf die zwei großen Kriege in der Nachbarschaft bzw. bei Freunden werde NRW die Ukraine und die Partnerregion Dnipropetrowsk unterstützen, aber auch – man habe es gerade von Dr. Yaron gehört – die engen Beziehungen zu Israel stärken. Sie finde, das sei unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen wirklich ein sehr guter Haushalt.

Zu den Änderungsanträgen der SPD habe Herr Dr. Kaiser schon vieles gesagt. 11,4 % Steigerung in dem Haushalt einzufordern, könne man machen, natürlich. Das halte sie aber an der Stelle für nicht zielführend. Programme seien angepasst worden auf den Ist-Zustand, das habe man den Anfragen entnehmen können. Zur Unterstützung der Promotoren habe Dr. Kaiser das gesagt, was sie auch sagen würde. Ihre Fraktion finde den Haushalt sehr gut, so wie er aufgestellt worden sei, unterstütze ihn an der Stelle und lehne die Änderungsanträge der SPD ab.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** geht zunächst auf die Fragestellungen von Frau Blask ein. Die anderen Fraktionen hätten kommentiert, wofür er auch dankbar sei, was er natürlich auch aufgenommen habe.

Zu den Promotoren: Er habe die Wertschätzung der Landesregierung für die Arbeit der Promotoren hier schon zum Ausdruck gebracht. Sie hätten auch den Ausschuss besucht. Wenn man die Promotoren oder das Eine-Welt-Netzwerk selber frage, würden sie das auch bestätigen. So zumindest werde es ihm gespiegelt. Man pflege einen sehr intensiven Austausch. Er sehe es auch so, dass das gerade in solchen Zeiten wichtig sei.

Nichtsdestotrotz müsse man die Schwerpunktsetzungen auf Kinder und Jugendliche, die er bei der Einbringung des Haushalts auch angeführt habe, in den anderen Haushalten entsprechend abbilden. Er glaube, dass das in dem Bereich der Eine-Welt-Arbeit nur sehr verhältnismäßig – in Führungszeichen – eingeschlagen sei, allieweil es über die letzten Jahre einen steigenden Pfad gegeben habe. Aber trotzdem wisse er von Überlegungen in den Regierungsfractionen, darauf einzugehen und hier mittels Verschiebungen die Verzerrungen mit Blick auf Personal im Bereich der Promotoren zu verhindern. Das sei am Ende aber, weil das Verfahren jetzt im Hohen Haus liege, Sache der Fractionen. Er sei aber dankbar für die Bemühungen.

Seinerseits habe er am letzten Montag einen Austausch mit Promotoren aus ganz Nordrhein-Westfalen gehabt, die sich in Köln getroffen hätten. Dort habe er von diesen Bemühungen berichtet, was mit Freude aufgenommen worden sei. Am Ende sei es aber jetzt die Entscheidung des Parlaments. Das Ministerium stelle dafür jegliche Informationen und Fachantworten zur Verfügung, um das zu ermöglichen.

Alles in allem gehe es auch darum, mittelfristig in den nächsten Jahren die Arbeit weiter zu erhalten. Das sei das, was ihm von Anfang an im Austausch mit dem Eine-Welt-Netzwerk gespiegelt worden ist: Planungssicherheit und eine Perspektive für die Arbeit, damit nicht ein Großteil der Bemühungen und der Kraft erst mal darauf verwendet werde, die eigene Struktur aufrechtzuerhalten. Es sollte, glaube er, alle auch verbinden, dass man ein Interesse daran habe, dass hier die Facharbeit im Mittelpunkt stehen müsse. Dementsprechend wolle man diese Planungssicherheit herstellen. Das zum Thema „Promotoren“.

Dann zum Thema „Europawahlbemühungen“. Da sei es so, dass man zum Einen mit dem bewährten Instrument der EUROPE DIRECT-Förderungen arbeiten wolle. Die Projekte seien entsprechend unterwegs. Er werde übernächsten Montag ganz gezielt nach Duisburg fahren, weil Duisburg die Kommune gewesen sei, in der die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl am niedrigsten in Nordrhein-Westfalen gewesen sei. Er werde dort an einer Schule für die Beteiligung an der Europawahl werben.

Nun könne man bei der nächsten Europawahl mit 16 wählen. Deswegen müssten sich alle darum bemühen, dass die jungen Menschen wüssten, welches wertvolle Recht sie da hätten. Er habe von den fünf EUROPE DIRECT-Projekten dieses ausgesucht, um selber mitzuwirken und im Austausch mit den Schülerinnen und Schülern dafür zu werben. Das sei ein Baustein in den Bemühungen rund um die Europawahl.

Ein weiterer sei das, was der Landtag mit der Zurverfügungstellung des Budgets für die Landesinitiative „Europa-Schecks“ ermöglicht habe, was in diesen Tagen nach intensiver Vorbereitung an den Start gegangen sei. Man habe versucht, die Antragsverfahren – wie beabsichtigt – so schlank, unkompliziert und niedrigschwellig wie möglich zu halten. Man sei froh, die jetzt auch entsprechend publizieren zu können. Es werde einen ersten Testlauf in diesem Jahr geben. Er glaube, dass das dann im nächsten Jahr mit den Erfahrungen aus diesem ersten Durchgang weiter ausgerollt werden könne.

Hier sei es so, dass Initiativen vielfach davon profitieren könnten, die die Europawahl und die Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger für diese Wahl im Blick hätten – nicht parteipolitisch, sondern im Sinne der fachlichen Bemühungen, dafür zu werben.

Dann gebe es natürlich auch Anstrengungen der Landesvertretung. Das Personal der Landesvertretung sei sehr engagiert, was mit Blick auf die Europawahl erfreulich sei. Es sei geplant, gemeinsam mit dem Rad durch die Wahlkreise zu fahren. Es gebe die Bemühungen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihre Heimatorte zurückkehren und in Schulen dafür werben wollten, sich für Europa zu beteiligen. Das sei natürlich am Ende immer nur punktuell. Das sei ihm schon klar. Aber immerhin: Es schaffe eine Sichtbarkeit des Engagements. Insofern sei es auch hier so, dass der Fokus dieser Radtour in die Wahlkreise auf die Wahlkreise gelegt werde, in denen die Wahlbeteiligung beim letzten Mal am niedrigsten gewesen sei.

Er glaube, das sei wirklich etwas, was sich alle vornehmen müssten, nämlich aus der Komfortzone herauszukommen. Es sei ein Leichtes, mit der Europa-Union und anderen Institutionen zusammen eine gemütliche Veranstaltung in der Staatskanzlei zu machen. Da kriege er jeden Raum voll. Aber das sei dann „Preaching to the Saved“. Das sei nicht das, was man an der Stelle brauche, sondern man müsse da hingehen, wo Europa auch durchaus umstritten sei. Das zu den Europawahlbemühungen.

Fernab davon sei auch die Landeszentrale eine Institution, die da aktiv werden werde. Das werde aus der Staatskanzlei fachlich begleitet. Aber die klassische Wahlaufkampagne der Landesregierung erfolge dann jenseits der Staatskanzlei durch die Landeszentrale für politische Bildung. Er glaube, das sei auch eine Tradition, die man fortsetzen sollte.

Dann komme er zum Thema „NRW-USA-Jahr“. Hier sei es so, dass nach einem etwas schleppenden Start, zugegebenermaßen, mittlerweile die Ressorts, wie er finde, in einem guten Geist mit anpackten. Er habe über den Sommer selber schon die eine oder andere Veranstaltung gehabt. Es gebe eine große Bandbreite und Vielfalt der Veranstaltungen, die im Kontext der Verstärkung der Beziehung zu den USA stünden. Ein Flaggschiff dabei werde wohl sein, dass die nächste CHIO in Aachen mit dem Partnerland USA stattfinden werde. Das sei leichter gesagt als getan, denn damit seien große Delegationen verbunden. Das sei natürlich auch alles nicht ganz einfach.

Man müsse übrigens dazu wissen – das sei seine Erfahrung aus dieser Werbetour gewesen, die man gemacht habe –: Die USA seien sich an vielen Stellen selbst genug. Was er damit sagen wolle: Wenn man zum Beispiel versuchen wolle, die USA zum Partnerland der Gamescom zu machen, dann gebe es in Washington D.C. genug Lobbyisten, die sehr genau darauf achteten, ob die Regierung sich dafür hergebe oder ob es nicht doch eine Veranstaltung in den USA gebe, für die es viel besser wäre, wenn da entsprechende Regierungsvertreter seien. Man wolle gar nicht erst den Eindruck erwecken, irgendwas anderes auf der Welt sei an der Stelle ähnlich toll.

Er sage das deshalb, weil ihm das jetzt mehrfach begegnet sei. Und deswegen sei es beim CHIO – es gebe auch in den USA tolle Pferdeveranstaltungen – alles nicht so selbstverständlich, wie man das hier vielleicht manchmal denke. Für NRW seien das natürlich große Flaggschiffveranstaltungen. Aus Sicht der USA sei es immer Provinz. Das sei insofern nicht zu unterschätzen.

Man werde auch im Bereich Film Festival Cologne und Berlinale einen USA-Schwerpunkt setzen. Die Landesvertretung werde diverse Veranstaltungsformate mit der

Botschafterin machen. Einige hätten auch schon stattgefunden, mit Anne-Marie Slaughter zum Beispiel kürzlich. Das MWIKE lege bei verschiedenen Messen einen Schwerpunkt auf das NRW-USA-Jahr. Im Schulministerium spiele das NRW-USA-Jahr eine Rolle. Es werde den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern nahegebracht bis hin zu geschichtlichen Projekten rund um die „I have a dream“-Rede von Martin Luther King.

Das seien alles nur Beispiele. Er wolle das auch dadurch befeuern, dass er in Kürze gemeinsam mit der US-Generalkonsulin in die USA reisen werde, dort zum einen als Medienminister an den International Emmy Awards teilnehme und zum Zweiten auch Termine in dem Schwesterstaat Pennsylvania wahrnehme, auch in New Jersey mit Phil Murphy, wo er für das NRW-USA-Jahr werben wolle. Man müsse darauf achten, dass dieses Jahr nicht nur in Nordrhein-Westfalen stattfinde, sondern auch jenseits des großen Teichs in den USA wahrgenommen werde. Dazu sei er auch mit der Botschaft im Austausch im Wissen darum, dass Nordrhein-Westfalen aus amerikanischer Perspektive ein kleines Fleckchen Erde sei.

Aber es gebe viele Anknüpfungspunkte und viele Unternehmen, Verbände, Institutionen, Kulturinstitutionen, die sehr genau wüssten, was für ein besonderes Fleckchen Erde Nordrhein-Westfalen sei, und die sich deshalb sehr darum bemühten, dass bei ihnen auch das NRW-USA-Jahr stattfinde. Das vielleicht dazu. Er würde vorschlagen, dass er im Rahmen des dann anstehenden Berichts zur Reise in die USA den Sachstand zum Thema NRW-USA-Jahr im Ausschuss wiedergebe. Das würde sich anbieten. Dann hätte er eine ganze Menge beisammen und könne einen besseren Überblick geben. Das dazu.

Dann komme er zum Thema „Interrail-Ticket“. Er stimme zu: Mehr davon wäre schön, weil gerade die Perspektive auf die Auszubildenden auch seinem Vorgänger Stephan Holthoff-Pförtner sehr am Herzen gelegen habe, die er gerne übernommen habe. Es sei allerdings ein kostenintensives Programm. Insofern seien die Zahlen am Ende überschaubar. Umso wichtiger sei es, dass mit dem anderen Programm „Europa – Erleben und Lernen“ auch über Praktika eine Europaerfahrung ermöglicht werde. Dafür sei es notwendig, vor allen Dingen mit mittelständischen Unternehmen zu arbeiten. Wenn die Abgeordneten da entsprechende Interessenten hätten, sei man immer dankbar für Hinweise, weil es darum gehe, mit den EU-Jugendbotschaftern die Haupt- und Realschulen zu erreichen, mit dem Interrail-Programm die Auszubildenden, mit dem Praktika-Programm letztendlich beide Zielgruppen. Es gebe im Bereich Studierende mit Erasmus und Co. genug. Das Land müsse sich, glaube er, vor allen Dingen auf diese ersten beiden Zielgruppen konzentrieren, um da ein persönliches Europaerlebnis realisieren zu können. Das vielleicht als Antworten seinerseits.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** bedankt sich beim Minister. – Weitere Wortmeldungen zum Haushalt sehe er nicht.

Er habe noch eine Frage an die Landesregierung. Eben sei das Thema „Europa-Schecks“ angesprochen worden. Gestern habe es eine Pressemitteilung dazu gegeben. Er glaube, das Projekt sei jetzt online gegangen. Vielleicht könne der Minister kurz berichten, was da genau online gegangen sei.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** erwidert, im Ausschuss habe er angekündigt, dass man sich vor allem darum bemühen wolle, nicht nur weiteres Geld auszuloben, sondern das Verfahren auch deutlich zu vereinfachen. Entsprechende Informationen seien an alle Obleute geschickt worden. Jetzt sei er gerade unsicher, weil der Vorsitzende gefragt habe und ihn verwirrt habe. In dieser Information seien die wesentlichen Punkte dargestellt worden.

Jetzt gebe es ein Antragsverfahren, das wirklich dem Anspruch gerecht werde. Das sei mühsam gewesen. Man habe darauf geachtet, dass es effizient organisiert sei. Mit der Bezirksregierung Münster sei man in engem Austausch gewesen, sei das digitale Verfahren mit denen einzeln durchgegangen, Schritt für Schritt, um zu gewährleisten, dass es auch tatsächlich schnell gehe.

Trotzdem sei er der Meinung, dass man in einem ersten Probedurchlauf Erfahrungen sammeln sollte, ob jetzt tatsächlich alles so funktioniere, wie man sich das vorstelle. Er glaube das. Das sei der Grund, warum diese erste Antragsfrist sehr kurz sei. Das liege aber daran, dass den vielen, die Interesse angemeldet hätten, gesagt worden sei, dass es bald komme, dass sie den Antrag vorbereiten könnten. Dann könnten sie sich in der kurzen Zeit auch bewerben. Deswegen gehe er davon aus, dass man zum 15. November auch eine Menge Bewerbungen haben werde. Dann gebe es also einen ersten Durchgang, und der nächste wäre dann zum 01.01. wieder, sodass man dann wieder etwas mehr Zeit habe.

Insofern: Gerne bewerben. Das sei der Grund, warum er das Faktenblatt geschickt habe. Das sei etwas, womit sich die Mitglieder des Ausschusses an die entsprechenden Zielgruppen wenden können. Das sei jetzt dafür da, um in der Landschaft die Strukturen zu unterstützen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** bedankt sich für die Antwort. Bei dem Faktenblatt habe es noch keinen Online-Zugang gegeben. Deswegen sei direkt die Frage gekommen, wo man das beantragen könne. Das sei jetzt geklärt. So habe er gestern auch die Pressemitteilung des Landes wahrgenommen, in der der Link drin sei. Er rege an, den Link nochmal an alle zu schicken.

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zu Einzelplan 02 ab. Die Änderungsanträge sowie die Abstimmungsergebnisse sind Vorlage 18/1910 zu entnehmen.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 – Zuständigkeit des Ausschusses – in nicht geänderter Form mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** gibt zu bedenken, dass der Ausschuss bis 13.00 Uhr tagen werde. Jetzt stünden noch neun weitere Punkte auf der Tagesordnung, wobei

TOP 4 eine reine Verfahrensabsprache sei. Die restlichen Punkte seien schriftliche Berichte bis auf den Reisebericht Ungarn. Die Berichtsanfragen seien zur Hälfte von der SPD-Fraktion, zur anderen Hälfte von der FDP-Fraktion beantragt worden.

Er rege an, TOP 4, die Verfahrensabsprache, zu machen und die Berichte auf die nächste Sitzung zu schieben.

**Inge Blask (SPD)** ist mit dem Verfahren einverstanden. Sie weise darauf hin, dass eine Vielzahl der Berichte erst am gestrigen Mittag oder Nachmittag zugestellt worden sei, sodass eine ordentliche Befassung schwierig gewesen sei, sodass man an der Stelle verschieben könne, wobei sie die späte Übermittlung der Berichte deutlich kritisiere.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** stimmt zu, die Berichte auf die nächste Sitzung zu schieben. Wenn man die Verfahrensabsprache jetzt noch machen könnte, würde er dazu auch noch zwei Sätze sagen wollen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** fragt, ob es Widerspruch gegen den Verfahrensvorschlag gebe. – Das sehe er nicht. Dann werde man so verfahren. Er entschuldige sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung. Das Zeitbudget lasse die anderen Tagesordnungspunkte nicht mehr zu.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** gibt an, diesmal seien die Berichte anders als sonst sehr spät gekommen. Das bitte er zu entschuldigen. Teilweise sei dies auf die Menge der Berichte oder andere Dinge zurückzuführen, die gerade dringend seien. Vor dem Hintergrund sei es eine günstige Koinzidenz, wenn man die Berichte beim nächsten Mal behandle.

**Romina Plonsker (CDU)** regt an, die Viertelstunde tatsächlich zu nutzen. Sie sei seit anderthalb Jahren in diesem Ausschuss und wisse um die Produktivität der an ihrer Seite sitzenden Kolleginnen und Kollegen. Sie würden mit Sicherheit wieder viele Anfragen zum kommenden Ausschuss haben. Deshalb würde sie gerne die Viertelstunde nutzen, mit den Anfragen zumindest anzufangen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** erwidert, sein Vorschlag sei gewesen, einen Cut nach TOP 4 zu machen. Der Gegenvorschlag sei, man mache TOP 4 auf jeden Fall, und dann gucken man, wie weit wir kommen. Der Ausschuss könne für sich entscheiden, wie er das handhaben wolle.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD, die restliche Viertelstunde weiter zu beraten.

**4 Den europäischen Katastrophenschutz durch NRW-Initiativen stärken – Nordrhein-Westfalen muss sein Schweigen brechen und weiter europäische Solidarität zeigen!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/6365

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – und an den Innenausschuss am 27.10.2023)*

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** schlägt zu diesem Antrag eine Präsenzhörung vor. Zur Klarstellung, warum der Antrag im Europaausschuss gelandet sei: Es gehe nicht, wie Herr Bergmann im Plenum meinte, um grenzüberschreitende Zusammenarbeit und auch nicht, wie Frau Höller meinte, um die Anschaffung von Löschflugzeugen, sondern um europäische Solidarität im Hinblick auf den Punkt des Katastrophenschutzes, im Sommer insbesondere Waldbrände, aber auch Starkregenereignisse. Deswegen würde er gerne in diesem Ausschuss darüber diskutieren.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** hakt nach, ob eine Präsenzhörung mit bis zu zwei Sachverständigen pro Fraktion der konkrete Vorschlag sei. Er sage zu, dass man so verfahren werde und die Details in der nächsten Obleuterunde festmachen werde.

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung zu dem Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/6365 durchzuführen.

**5 Strom- und Energielieferung innerhalb der europäischen Grenzen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1813

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** bedankt sich für den Bericht. Wie die Diskussion mit den Euregios gezeigt habe, sei das ein Punkt, der einer weiteren Betrachtung, insbesondere mit Blick auf die Stromproduktion an den Grenzen, bedürfe. Darüber sage der Bericht nichts aus, obwohl in der Anfrage dazu zwei konkrete Beispiele genannt worden seien.

Bei den Euregios sei noch mal über das Beispiel des Solarparks Herzogenrath und Saint-Gobain gesprochen worden. Seine Fraktion halte den Bericht an der Stelle für lückenhaft. Man könne ja mit einem späteren Berichtswunsch noch einmal gezielt nachfragen.

**LMR Prof. Dr. Phillip Fest (MWIKE)** erläutert, er könne zusammenfassend sagen, dass es nicht gehe. Es werde auf europäischer Ebene geregelt. Der Binnenmarkt sei auch ein Energiebinnenmarkt. Da gebe es die entsprechende Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie und die Elektrizitätsbinnenmarktverordnung. Dasselbe gebe es auch für den Gasbereich.

Da seien entsprechende Regelungen zur Systemverantwortung getroffen worden, die besagten, dass der Inhaber der Regelzonenverantwortung – in dem Falle sei dies der Übertragungsnetzbetreiber; auf nordrhein-westfälischer Seite Amprion, auf niederländischer Seite TenneT und Elia auf belgischer Seite – jeweils verantwortlich sei für die eigene Regelzone und damit auch für die Kopplung der Regelzonen und der Märkte untereinander. Da könne es keine Umgehungsgerinne auf unterer Ebene geben, weil das die Verantwortung genau dieser Netzbetreiber sei.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** erwidert, er wisse, dass es nicht gehe. Diese Aussage bestätige ihn bei dem, was er bereits wisse, weil man in Aachen versuche, eine Regelung zu finden, mit der von Herzogenrather Seite Strom nach Holland geliefert werden könne. Das habe ihn jetzt in der Meinung bestärkt, dass nach einer anderen Lösung gesucht werden müsse, notfalls auf Bundesebene oder europäischer Ebene.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** merkt an, da würde sich die europäische Ebene anbieten.

**6 Anerkennungsverfahren von Berufsabschlüssen aus Drittstaaten** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1819

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** bedankt sich für den Bericht. Es sei erkennbar, dass es einen Wandel gebe hin zu mehr Anerkennungsverfahren aus Drittstaaten und weniger aus EU-Staaten. Im Endeffekt korrespondiere das mit dem, was die Euregios gesagt hätten: weniger grenzüberschreitender Verkehr, auch bei jungen Leuten und damit auch weniger Anerkennungsverfahren aus EU-Staaten.

**Inge Blask (SPD)** merkt an, sie hätte gerne eine Frage gestellt, könne dies allerdings aufgrund der zu kurzen Vorbereitungszeit heute nicht. Sie hätte deshalb diesen Tagesordnungspunkt gerne verschoben, weil sie mit den Fachleuten in ihrer Fraktion gerne über dieses Thema hätte sprechen wollen. Nun müsse man diesen Punkt deswegen in der nächsten Sitzung nicht noch mal aufrufen, sie habe das nur kommentieren wollen.

**7 Einstein-Teleskop – Inhalt der Absichtserklärung** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1826

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** bedankt sich für die Beantwortung dieser Anfrage, da er alle Berichtsfragen von seiner Fraktion für wichtig halte. Er sehe hier nach wie vor eine große Notwendigkeit, von Landesseite weiter aktiv zu werden.

Es gebe das Problem der Windkraftanlagen, die unter Umständen direkt an der Grenze errichtet werden sollten, wozu derzeit Lösungsansätze fehlten. Man müsse darüber sprechen. Er wisse nicht, wer da zuständig sei – die Stadt Aachen oder die Bezirksregierung. Wenn die Anlagen erst einmal da stünden, könnte man ein Problem haben. Er frage, ob der Minister dazu etwas sagen könne.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** führt aus, er habe dazu mit der Oberbürgermeisterin von Aachen, Frau Keupen, ein Gespräch geführt. Das Ergebnis dieses Gesprächs sei gewesen, dass sie ihm versichert habe, dass die Realisierung des Einstein-Teleskops an keinem Windrad scheitern werde. Das sei so festgehalten worden.

Das heiße wiederum nicht, dass jetzt keine Windräder gebaut würden. Momentan versuche man, unter anderem unter Einbindung der Bezirksregierung Köln, ein Forschungsprojekt an der RWTH Aachen voranzutreiben. Die Hypothese sei, dass moderne Windkraftanlagen in ihrem Einfluss auf Schall und Seismik so gering seien, dass sie keine Problematik für das Einstein-Teleskop darstellen würden. Er halte das für die schönste Variante.

Für den Fall, dass das nicht gehe, könne es auch passieren, dass Windräder gebaut würden, die sich in einer gewissen Zeit amortisiert haben müssten, die danach nicht weiter betrieben werden könnten. Man sei sich einig, dass es zu keinem Zeitpunkt einen Verzug oder Realisierungsschwierigkeiten beim Einstein-Teleskop wegen Windrädern in dieser Region geben dürfe.

Nachdem man nun mühevoll die Wallonie davon abgebracht habe, den Bergbau oder Windräder als Argumente gegen das Einstein-Teleskop anzuführen, könne man nicht ausgerechnet von deutscher Seite mit dem gleichen Zirkus beginnen. Diese Auffassung hätten auch die Oberbürgermeisterin sowie die beiden Ressorts MUNV und MWIKE geteilt.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** bedankt sich für die Erklärung. Das sei tatsächlich in der Region noch ein großes Thema, weil das so offen bisher noch nicht kommuniziert worden sei. Er wisse von Professor Stahl, der für die Entwicklung zuständig sei, dass es da andere Möglichkeiten geben könne, so auch die vorzeitige Abschaltung von Windrädern, die dann veraltet seien, bevor das Einstein-Teleskop tatsächlich den Betrieb aufnehme.

**Romina Plonsker (CDU)** möchte, anknüpfend an den Bericht, dem Minister für die Dinge danken, die er rund um das Einstein-Teleskop abräume. Alle seien sich partei- und fraktionsübergreifend einig, dass das ein wichtiges Projekt sei. Häufig seien es die kleinen Steine, die sich manchmal als große Brocken herausstellten, die vom Minister weggeschoben würden. Das höre sie aus dem, was der Minister gerade gesagt habe, deutlich heraus.

**Inge Blask (SPD)** legt dar, nach dem Gespräch mit der Oberbürgermeisterin habe der Minister auch ein Gespräch mit dem flämischen Wirtschaftsminister geführt. Sie frage, ob es dazu noch Erkenntnisse gebe, über die der Minister berichten könne.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** erwidert, er sei bei dem Gespräch mit dem flämischen Wirtschaftsminister nicht dabei gewesen. Eine Mitarbeiterin sei im Dezember in Brüssel gewesen zur Unterzeichnung des MoU. Die entsprechende Konferenz habe am 26. Oktober bei Potsdam stattgefunden. Da habe er nur ein Video-Grußwort beisteuern können, weil an dem Tag hier Plenarsitzung gewesen sei.

**8 Arbeit des EMRIC bei Überschwemmungen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1825

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1825 zur Kenntnis.

**9 Reisebericht Ungarn** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*)

Die Beratung wird verschoben.

**10 Aktueller Umsetzungsstand der Vereinbarungen NRWs mit ausländischen Staaten** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1828

Die Beratung wird verschoben.

**11 Missionen im Rahmen des EU-Forschungsförderprogramms Horizont Europa** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1820

Die Beratung wird verschoben.

**12 Überarbeitete Eine-Welt-Strategie der Landesregierung?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1827

Die Beratung wird verschoben.

### 13 Verschiedenes

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** hat zwei Hinweise. In der Obleserunde habe man sich darauf verständigt, wegen dem Bundesparteitag der Deutschen Sozialdemokratie in der Sitzung am 8. Dezember 2023 in Fraktionsstärke abzustimmen.

Außerdem finde am Freitag, den 10. November, eine Anhörung zum SPD-Antrag „Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich“ statt. Generalkonsul Nick Russell werde auch anwesend sein.

Aufgrund eines Trauerfalls in der Familie werde er diese Anhörung nicht leiten können. Es sei eine Anfrage an den Stellvertreter gemacht worden, ob er die Anhörung durchführen könne. Sollte das nicht der Fall sein, werde der Vorsitzende noch mal auf die Obleser zukommen.

gez. Stefan Engstfeld  
Vorsitzender

### 6 Anlagen

06.12.2023/08.12.2023





Vorstellung der vier Euregios – 03.11.2023: Ausschuss für Europa und Internationales



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



## 5 Euregios entlang der DE-NL Grenze, davon 4 mit NRW-Beteiligung

- Ems –Dollart-Region (Bad Nieuweschans)
- EUREGIO (Gronau)
- Euregio Rhein-Waal (Kleve)
- Euregio rhein-maas-nord (Mönchengladbach)
- Euregio Maas-Rhein (Eupen)



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



## Ziele & Aufgaben der Euregios

- Grenzhindernisse für Leben, Arbeiten, Studieren und Unternehmen vermindern
- Identität des Gebiets als zusammenhängende Region stärken
- Plattform für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Information/Lobby)
- Initiator für grenzüberschreitende Projekte
- Programmpartner + Programmmanagement Interreg
- Beratung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei grenzüberschreitenden Fragestellungen (GrenzInfoPunkte)





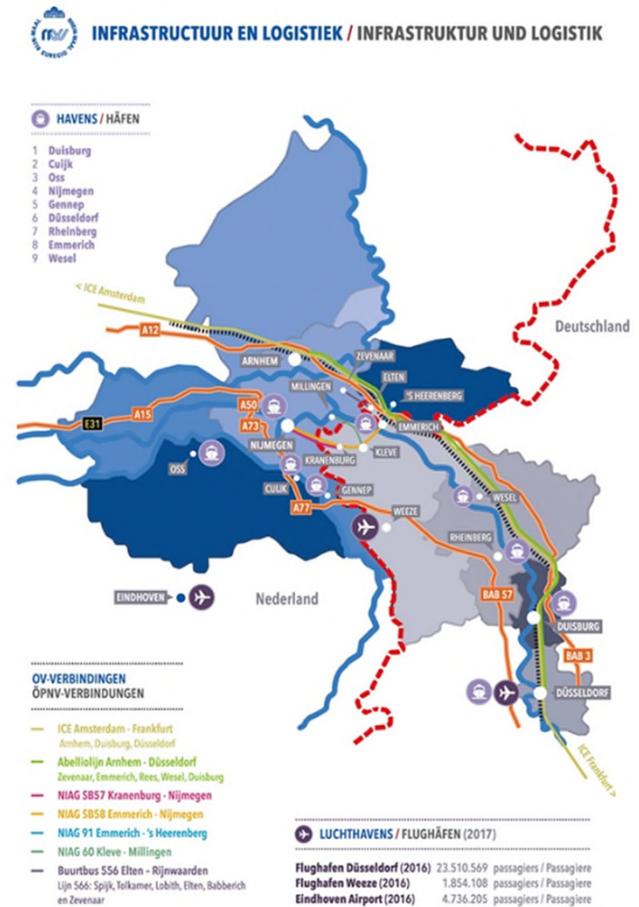
- Gegründet 1958 als erste Euroregion
- 128 Mitglieder bestehend aus Kommunen, Kreisen & Waterschappen
- 13.000 km<sup>2</sup>
- 3,5 Mio. Einwohner



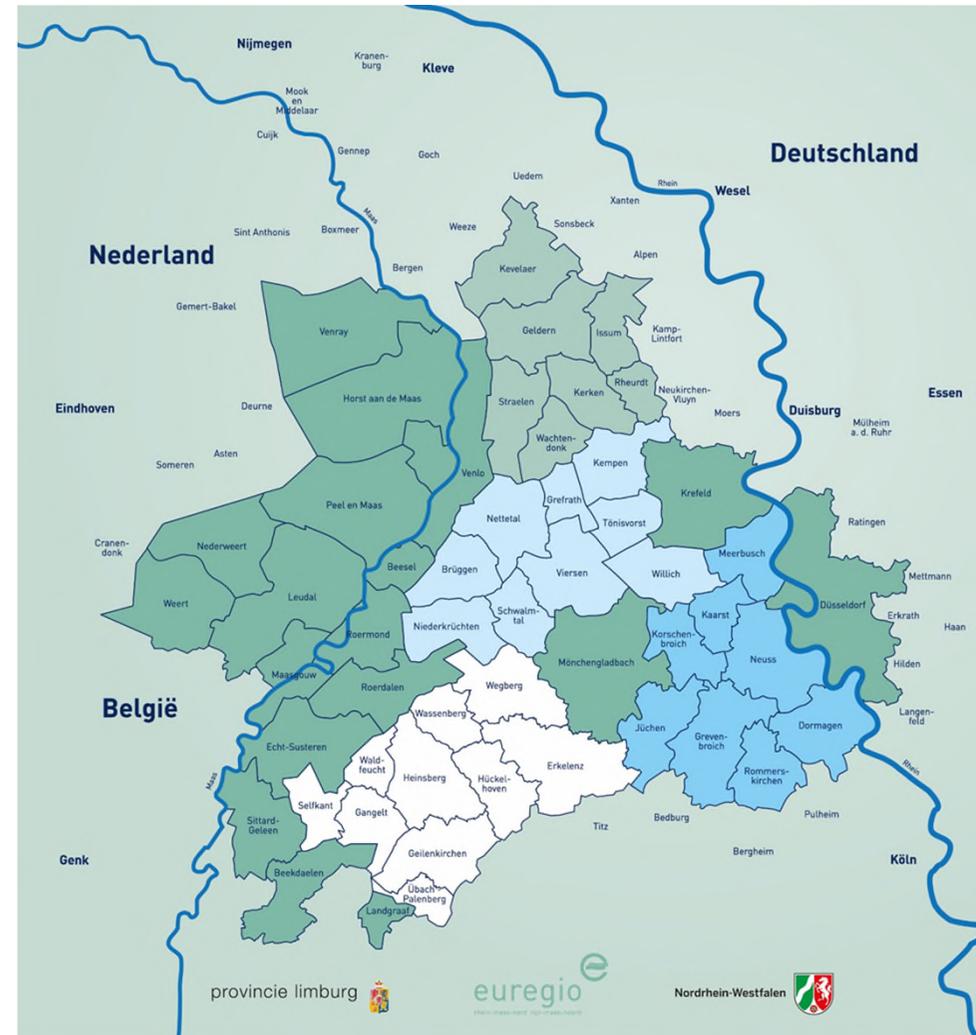
Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



- Fläche 8.663 km<sup>2</sup>
- Einwohner: 4.2 Mio.
- Grenzgänger NL >D: 1.850  
Grenzpendler D > NL: 15.460
- NL wohnhaft in D: 21.265  
D wohnhaft in NL: 10.764
- 300.000 Unternehmen, 2.200.000 Arbeitsplätze
- 14 Hochschulen, 54 Berufskollegs
- 175.000+ Studenten



- Gegründet 1978
- Mitglieder: 34 Kreise, Städte, Gemeinden, IHKs, MKB Limburg
- 3.400 Km<sup>2</sup>, 2,8 Mio. Einwohner > dichtbevölkertste Euregio
- Wichtige Wirtschaftsbereiche: Stahl, Aluminium, Chemie, Maschinenbau, Textilindustrie, Agrobusiness, Logistik und Tourismus
- 2030: ein intelligentes Europa, ein grüneres Europa, ein stärker vernetztes Europa, ein sozialeres Europa, ein bürgernahes Europa



3 Länder (DE, BE, NL)

5 Partnerregionen

4 Mio. Einwohner

11.000 km<sup>2</sup>

250.000 Unternehmen:

1,5 Mio Arbeitnehmer & 36.000 Grenzpendler

5 Universitäten, 19 Hochschulen, 300 Forschungszentren

& 110.000 Studenten

7 Flughäfen in einem Umkreis von 100 km, 2 ICE/TGV  
Bahnhöfe



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



# Themenbereiche der Euregios - Beispiele

- |   |                                    |   |
|---|------------------------------------|---|
| 1.1. <b>Wirtschaft &amp; Innovation</b> | 2.1. <b>Landschaft &amp; Klima</b> | 3.1. <b>Mobilität &amp; Infrastruktur</b> |
| 1.2. <b>Arbeitsmarkt</b>                | 2.2. <b>Tourismus</b>              | 3.2. <b>Sicherheit</b>                    |
| 1.3. <b>Unterricht &amp; Bildung</b>    | 2.3. <b>Kultur</b>                 | 3.3. <b>Gesundheitswesen</b>              |

Aandeel inkomende grenspendelaars naar woongemeente

## Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt & Wirtschaft - Fachkräftemangel und „Neue Mobilität“

- Aus NRW pendelten 42.710 AN nach NL.
- Von NL nach D pendelten 9.240 AN, davon 7 980 nach NRW.
- 0,8 % der Erwerbstätigen in Europa sind Grenzgänger, ohne Hemmnisse (360-Grad-Arbeitsmarkt) könnten es 8,36 % sein!
- Fachkräftemangel besteht in allen Ländern.
- „Neue Mobilität“: work-life-balance, Homeoffice (Auch 2023 wollen 3/4 der Beschäftigten weiterhin wenigstens teilweise im Homeoffice tätig sein.
- Grenzüberschreitend neue Möglichkeiten: Teleworking bis 50 % im Homeoffice ohne Wechsel des Sozialversicherungssystems möglich. Aber noch keine Lösung betreffend Steuern.
- Erhöhter Beratungsbedarf bei grenzüberschreitendem „Homeoffice“ und Mehrfachbeschäftigung.



# Grenzinfopunkte der Euregios



Experten aus D und NL informieren (ehemalige) Grenzgänger, Familienangehörige und Unternehmer zu Fragen über Sozialversicherung, Steuern, Familienleistungen etc.



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



# OVERZICHT 2022



## CONSULTATIES

**31.071** KLANTCONTACTEN  
**235** GROEPSCONSULTATIES

## WOONSTAAT



## BETREFFENDE STAAT



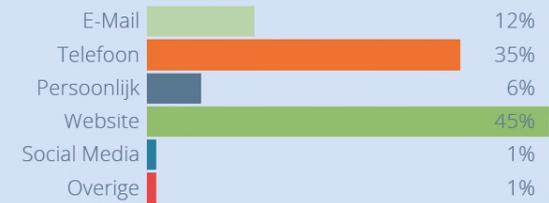
## WEBSITE BEZOEKERS

**722.698** INDIVIDUELE BEZOEKERS  
**718.784** NIEUWE BEZOEKERS  
**899.543** SESSIES  
**2.538.704** HITS

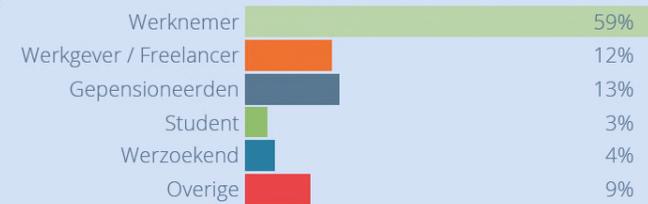
## CONSULTATIES PER TOPIC



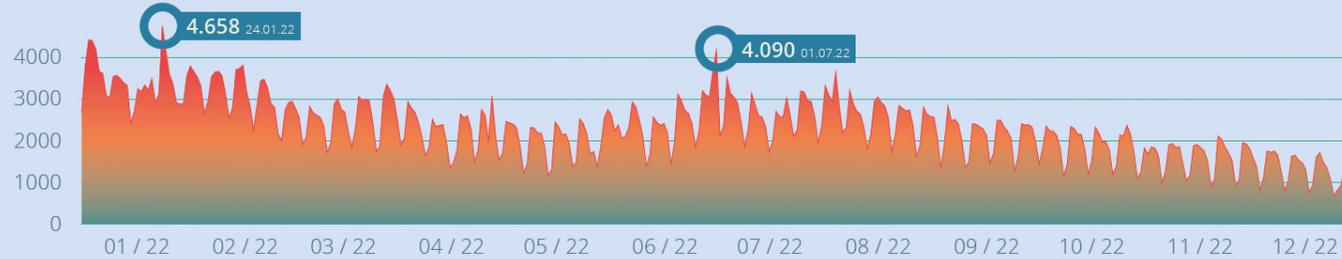
## EERSTE CONTACT VIA



## BEROEPSSITUATIE



## USER COUNT - WWW.GRENZINFO.EU



## Formen der Zusammenarbeit (Beispiel): Euregionales Netzwerk Arbeitsmigranten

Seit Projektbeginn Juni 2023 mehrere Wohnraumkontrollen durchgeführt im Kreis Borken, mit Beteiligung der Niederländischen Arbeidsinspectie.

Nächster Schritt: Einbindung des RIEC Oost-Nederland in die Kontrollvorbereitungen und den Informationsaustausch.

Erster grenzüberschreitender Runder Tisch zur Abstimmung gemeinsamer Maßnahmen hat am 31. Oktober stattgefunden.

Auch in den anderen Euregios gibt es vergleichbare Aktivitäten und Netzwerke.



# Energieversorgung und –infrastruktur

**Grundlage:** Die Koalitionsvereinbarung von CDU und Grünen 2022-2027: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarn in den Bereichen Klima, Umweltschutz und Energie soll intensiviert werden:

Entscheidend für den Erfolg der Energiewende wird der Import von insbesondere grünem Wasserstoff sein. Leistungsfähigen Infrastrukturanbindungen an die niederländischen und belgischen Seehäfen kommt hier eine zentrale Rolle zu.



## Bedarfe des grenzüberschreitenden Energieaustausches am Beispiel von Strom und Wärme:



- **Gemeinde Winterswijk:** Anschluss des geplanten Solarparks an den bestehenden Windpark im deutschen Vreden in einer Entfernung von weniger als einem Kilometer.
- **Gemeinde Montferland:** Verbindung von Windkraftanlagen im Achterhoek mit deutschen Windkraftanlagen jenseits der Grenze.
- **Weeze-Bergen:** Mögliche Verbindung von Windkraft- und Solaranlagen. Option für die Wasserstoffproduktion, um die Überkapazitäten an nachhaltig erzeugter Energie zu nutzen.
- **Gangelt-Beekdaelen:** Gemeinsamer Landankauf zur Entwicklung eines grenzüberschreitenden Energieprojektes.
- **Gemeinde Roermond:** Entwicklung des "Energie- und Gewerbeparks Elmpt"
- **Kerkrade-Herzogenrath:** St. Gobain in Herzogenrath (D) erzeugt 5,2 MW Restwärme, von denen fast 1 MW keine Bestimmung hat. In der Gemeinde Kerkrade (NL) besteht Interesse an einem Anschluss an die Restwärme von Herzogenrath.

# Wasserstoff

## 1. Delta-Rhein-Korridor:

- von Rotterdam über Chemelot (Sittard-Geleen) bis ins Rheinische Revier (Wasserstoffpipeline)
- Wasserstoffinfrastruktur für den Import und Export

## 2. Infrastrukturprojekt „H<sub>2</sub>ercules“ / GET H<sub>2</sub> zwischen Lingen, Gelsenkirchen und Duisburg

- Import aus den Niederlanden, Speicherung, Transport und Abnahme aus den Bereichen Raffinerie, Stahl und Chemie.

## 3. Hercules Leitung (Belgien)

- Die Pipeline wird zwischen Eynatten und Porz verlaufen, um große Bedarfe im Rheinischen Revier und im Kölner Raum zu versorgen.



## Hindernisse/Chancen

- Der grenzüberschreitende Stromaustausch ist nur über das Hochspannungsnetz möglich.
- Sowohl in den Niederlanden als auch in Deutschland kämpft das Grenzgebiet mit einer Überlastung des Stromnetzes. Eine Abstimmung mit ausländischen Netzbetreibern über mögliche verfügbare grenzüberschreitende Kapazitäten könnte ggf. die Notwendigkeit von Investitionen in Netzausbauten verringern, was derzeit jedoch aufgrund von Gesetzen und Vorschriften nicht möglich ist.
- Chancen und Lösungen liegen derzeit nur bei isolierten Direktleitungen ohne Anschluss an ein öffentliches Netz. **Direktleitung zwischen einem Windpark in NRW und einem Elektrolyseur in NL wäre aber denkbar.**



# Euregionale Bildung



# Projektbeispiel – EMR Lingua

## Kommunikation Communication Communicatie

**f** FACEBOOK : 17.407  
Reichweite / Portée / Bereik

**in** LINKEDIN: 1158  
Followers

**globe** EMRLINGUA.EU: 20.565  
Besucher / Jahr  
Visiteurs / an  
Bezoekers / jaar

## Schulnetzwerk Réseau scolaire Schoolnetwerk



## Studien Études Studies



## GeoRegioEMR



## Veranstaltungen Für Lehrer

Événements pour  
les enseignants

Evenementen  
voor docenten



## Datenbank mit Unterrichtsmaterial

Matériel didactique:  
base de données

Database  
met lesmateriaal



## Förderung von euregionalen Schulsausflügen

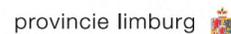
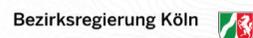
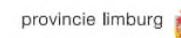
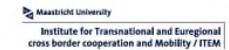
Ca. 10.000 Schüler geholfen seit April 2021  
(Ende Corona)

## Promotion des excursions scolaires eurégionales

Environ 10.000 élèves aidés depuis avril 2021  
(Fin du Corona)

## Promotie van euregionale schoolexcursies

Ca. 10.000 leerlingen geholpen sinds april 2021  
(einde van Corona)



## EMRLINGUA LERNENDE BEWEGEN

✓ ÜBER 12.000 SCHÜLER ÜBER DIE  
(SPRACH-)GRENZE



Dauerhafte  
Partnerschaften,  
Sprachenerwerb,  
multikulturelle  
Kompetenzen,  
Entlastung  
Lehrende



## EMRLINGUA LEHRENDE BEWEGEN

✓ 30 VERANSTALTUNGEN IN 2 JAHREN



## Euregionale Bildung – weitere Schritte und Überleitung in die Diskussion (Bildung)

- Aufbau von Kompetenzzentren an NRW-NL Grenze (Grenzlandagenda)
- Ausbau Euregioschulen / Euregioprofilschulen / Schulnetzwerk
- Aufwertung des NL-Unterrichts (Koalitionsvereinbarung und Drs. 18/4371)
  - Angebot an NL-Lehrenden erweitern, auch an Primarschulen
- Sicherung der Finanzierung
- Ausbau durchlaufender euregionaler Bildungskette (EDL)
- Diplomanerkennungen



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



## Diskussion

### Arbeitsmarkt:

- Besteuerung Grenzpendler/-gänger im Home Office
- Finanzierung GrenzInfoPunkte (vor 2021 durch Interreg-Mittel. Seither paritätische (strukturelle) Finanzierung durch Deutschland (Nds. (z.Zt. bis **2023**), NRW (bis **2025**), die euregios (bis **2025**)) sowie den Niederlanden (**ohne Ablauftermin**)).

### Energie:

- Verknüpfen der Energienetze
- Wasserstoffpipelines - grenzüberschreitend
- Einwirken auf die gesetzgeberische Kompetenz des Bundes
- Sachstand Umsetzung des Koalitionsvertrags?



**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Europa und Internationales  
Herrn Stefan Engstfeld MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**Dr. Werner Pfeil**

Mitglied des Landtags NRW  
Vorsitzender des  
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher für Europa und  
Internationales  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„Hochwasserkatastrophe“

18.10.2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für  
Europa und Internationales am 03. November 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 03. November  
2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts  
der Landesregierung zum Thema:

**Strom- und Energielieferung innerhalb der europäischen Grenzen**

Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist deutlich gewor-  
den, dass Europa unabhängiger und krisenresilienter bei der Gewinnung und  
Nutzung von Energie werden muss. Dabei spielt auch die gemeinsame Nutzung  
von Kapazitäten innerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union eine  
Rolle.

In diesem Zusammenhang existieren bereits grenzüberschreitende Projekte o-  
der diese sind in Planung. Die französische Stadt Straßburg soll beispielsweise ab  
dem Jahr 2027 aus einem deutschen Stahlwerk in Kehl Abwärme für die Beheizung  
der Haushalte erhalten. Dafür ist der Bau einer 4,5 Kilometer langen grenzüber-  
schreitenden Leitung notwendig. Beide Seiten versprechen sich sowohl ökonomi-  
sche als auch ökologische Vorteile von dem Projekt.<sup>1</sup>

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4410  
werner.pfeil@landtag.nrw.de  
[www.wpfeil.de](http://www.wpfeil.de)



<sup>1</sup> <https://de.euronews.com/2023/09/20/von-kehl-nach-strassburg-projekt-zur-energie-wende>, letzter Zugriff: 05.10.2023

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Auch die Niederlande wollten bereits vor einigen Jahren Strom aus erneuerbaren Energien mit Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen teilen, um die Kapazitäten effizienter zu nutzen. Dafür planen die Gemeinden unterschiedliche Kooperationen. Auch das Projekt des Solar- respektive Energieparks in Herzogenrath weckt das Interesse der Kooperation mit den niederländischen Nachbarn. Die Stadt Kerkrade zeigt Interesse an dem regenerativ erzeugten Strom des größten Solarparks in Nordrhein-Westfalen zu partizipieren. Zum damaligen Zeitpunkt behinderten allerdings rechtliche Vorgaben die Projekte.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Frage einzugehen:

- Welche rechtlichen und tatsächlichen Probleme auf EU-, Bundes- und Landesebene gibt es heute noch bei der grenzüberschreitenden Stromproduktion und Stromlieferung sowie Energielieferung im grenznahen und grenzweiteren Bereich?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

---

<sup>2</sup> [https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/niederlande/niederlaender-wollen-kleinen-grenzverkehr-fuer-oekostrom\\_aid-54021979](https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/niederlande/niederlaender-wollen-kleinen-grenzverkehr-fuer-oekostrom_aid-54021979), letzter Zugriff: 05.10.2023

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP****Dr. Werner Pfeil**Mitglied des Landtags NRW  
Vorsitzender des  
RechtsausschussesSprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher für Europa und  
Internationales  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„Hochwasserkatastrophe“FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 DüsseldorfAn den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Europa und Internationales  
Herrn Stefan Engstfeld MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

18.10.2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für  
Europa und Internationales am 03. November 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 03. November  
2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts  
der Landesregierung zum Thema:**Anerkennungsverfahren von Berufsabschlüssen aus Drittstaaten**

Mit der Richtlinie 2005/36/EG wird in der Europäischen Union, den EWR/EFTA-Ländern und der Schweiz die Anerkennung die Anerkennung von Berufsabschlüssen geregelt. Sie findet allerdings keine Anwendung für Personen aus Drittstaaten. In Nordrhein-Westfalen fielen im Jahr 2022 17% der Anerkennungsverfahren auf die europäische Richtlinie. Den Großteil machten allerdings die Verfahren aus den Drittstaaten aus.<sup>1</sup>

Seit dem Jahr 2020 ist die Bezirksregierung Münster für die Anerkennung bei im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen im Gesundheitsbereich zuständig. Ab März 2020 war dies erst nur für Heilberufe mit Approbation der Fall, ab Juli 2021 wurde das Portfolio auf Pflege- und Gesundheitsfachberufe ausgeweitet. Die Verfahren sollen dadurch beschleunigt und gebündelt werden. Eine Antragsstellung ist digital möglich, ebenso wird eine Beratung für die antragsstellende Person angeboten.<sup>2</sup>

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4410  
werner.pfeil@landtag.nrw.de  
[www.wpfeil.de](http://www.wpfeil.de)

@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdplif\_nrw



FDPfraktionNRW

<sup>1</sup> Landtag NRW Vorlage 18/1662<sup>2</sup> <https://www.land.nrw/pressemitteilung/nordrhein-westfalen-buendelt-und-beschleunigt-berufliche-erkennungungsverfahren-im>, letzter Zugriff: 06.10.2023

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Mit der Vorlage 18/1582 hat die Landesregierung über die Entwicklung der Zahlen, den Ablauf des Verfahrens sowie weitere Aspekte wie beispielsweise die Durchführung von Kenntnis- und Eignungsprüfungen informiert.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Plant die Landesregierung die Anerkennungsfahren für weitere Bereiche zu bündeln und zu vereinfachen?
- Welche verwaltungstechnischen und rechtlichen Hürden sieht die Landesregierung bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen für Personen, die nicht unter die Richtlinie 2005/36/EG fallen?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion **FDP**  
Nordrhein-Westfalen

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Europa und Internationales  
Herrn Stefan Engstfeld MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**Dr. Werner Pfeil**

Mitglied des Landtags NRW  
Vorsitzender des  
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher für Europa und  
Internationales  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„Hochwasserkatastrophe“

18.10.2023

### **Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 03. November 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 03. November 2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

#### **Einsteintelekop - Inhalt der Absichtserklärung**

Die Unterzeichnung der Absichtserklärung vom 26. September 2023 in Brüssel stellt einen weiteren Beitrag zu einer erfolgreichen Bewerbung dar. Dabei wurden „Vorbereitungen für ein gemeinsames Konsortium zur Errichtung des Einstein-Teleskops in der Euregio Maas-Rhein“<sup>1</sup> getroffen. Die Zusammenarbeit soll gefördert und verwaltungstechnische Abläufe abgesprochen werden. Bereits zuvor wurden seitens der Projektpartner ein Runder Tisch veranstaltet, eine Taskforce und eine Steering Group der Taskforce eingerichtet wie aus den Berichten der Landesregierung für den Ausschuss hervorgeht.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Frage einzugehen:

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4410  
werner.pfeil@landtag.nrw.de  
[www.wpfeil.de](http://www.wpfeil.de)



@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdplif\_nrw



FDPfraktionNRW

<sup>1</sup> <https://www.einsteintelecope.nl/de/2023/09/26/minister-geben-gruenes-licht-fuer-de-bildung-eines-konsortiums-fuer-das-einstein-teleskop-in-der-emr/>, letzter Zugriff: 04.10.2023

**Freie  
Demokraten**

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

- Wie sehen der weitere Terminplan und die Gesprächs- bzw. die Projekthalte des Konsortiums aus?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Europa und Internationales  
Herrn Stefan Engstfeld MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**Dr. Werner Pfeil**

Mitglied des Landtags NRW  
Vorsitzender des  
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher für Europa und  
Internationales  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„Hochwasserkatastrophe“

18.10.2023

### **Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 03. November 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 03. November 2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

#### **Arbeit des EMRIC bei Überschwemmungen**

Die Hochwasserkatastrophe im Juli des Jahres 2021 hat verschiedene Regionen getroffen. Unter anderem war auch die deutsch-niederländisch-belgische Grenzregion unmittelbar mit den Ereignissen konfrontiert. Die Euregio Maas-Rhein Incident and Crisis management (EMRIC) beschäftigt sich mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Notfall- und Krisensituationen. Gesetzliche und bürokratische Hürden sollen abgebaut und die Kooperation in der Notfallhilfe in der Grenzregion verbessert und ausgebaut werden. Im Nachgang der Hochwasserkatastrophe hat der EMRIC-Verbund evaluiert, in welchen Bereichen Verbesserungspotenzial besteht und welche Projekte angegangen werden sollen.<sup>1</sup>

Im Rahmen des Marhetak-Projektes sollen die angedachten Konzepte schnell umgesetzt werden. Hierunter fallen "die Bilder der Vorhersagen anzugleichen, eine einheitliche Informationsbereitstellung zu erleichtern, Datenquellen zu verknüpfen, Risikobewertungen und Krisenkommunikation zu harmonisieren. Schließlich

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4410  
werner.pfeil@landtag.nrw.de  
[www.wpfeil.de](http://www.wpfeil.de)



<sup>1</sup> <https://emric.info/de/berichte/aktuelle-berichte/70/jahresbericht-2022>, letzter Zugriff: 05.10.2023

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

wird die Notfallausrüstung inventarisiert und bei Bedarf ergänzt. Das Projekt wird mit einer Live-Übung für ein besseres Krisenmanagement in der Euregio Maas-Rhein abgeschlossen." <sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Welche Verbesserungspunkte haben sich konkret ergeben und wie werden diese umgesetzt?
- Betrifft dies ebenso Projekte, die sich ausschließlich auf Nordrhein-Westfalen beziehen?
- Welche Erfahrungswerte aus vergangenen Übungen haben zu Verbesserungen geführt, die messbar sind und die aufgrund der Übungen entwickelt wurden?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

---

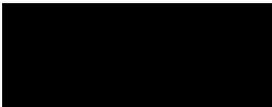
<sup>2</sup> <https://emric.info/de/burger/projekte/marhetak>, letzter Zugriff: 05.10.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Europa und Internationales  
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



**INGE BLASK, MdL**  
Sprecherin für Europa &  
Internationales

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

24. Oktober 2023

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung  
am 3. November 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende  
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und  
Internationales am 3. November 2023:

**TOP 1 – Reisebericht Ungarn**

Wir bitten um einen mündlichen Bericht über die letzte Reise des Ministers für  
Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales des Landes Nordrhein-  
Westfalen nach Ungarn. Bitte gehen Sie dabei darauf ein, mit welchen  
Akteuren welche Themen adressiert wurden und mit welchen Ergebnissen.

**TOP 2 – Aktueller Umsetzungsstand der Vereinbarungen NRWs mit  
ausländischen Staaten**

Bitte legen Sie dar, welche Inhalte der jeweiligen Partnerschaftserklärungen  
NRWs mit ausländischen Staaten / Regionen bisher umgesetzt wurden,  
inwiefern dies geschehen ist und welche Punkte der jeweiligen  
Vereinbarungen noch umzusetzen sind. Bei letzterem Punkt gehen Sie bitte  
darauf ein, was die Landesregierung plant, um dies zu tun. Bitte nehmen Sie  
bei der Beantwortung dieser Fragen darauf Bezug, wann jeweils das letzte

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



Arbeitstreffen bzw. die letzte Regierungskonsultation stattgefunden hat und mit welchen Ergebnissen.

### **TOP 3 – Missionen im Rahmen des EU-Forschungsförderprogramms Horizont Europa**

Am 20.07.2023 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung zur Bewertung des Förderinstruments der sogenannten Missionen im Rahmen des EU-Forschungsförderprogramms Horizont Europa vorgelegt. Damit erfüllt die Kommission eine Verpflichtung aus der Horizont-Europa-Verordnung, die eine solche Zwischenevaluation zwei Jahre nach dem Start der Missionen vorschreibt.

- Wie fällt die Bilanz für NRW, aufgelistet nach den jeweiligen Missionen aus?
- Welche Ziele verfolgt die Hochschulpolitik der Landesregierung für die kommende Phase?

### **TOP 4 – Überarbeitete Eine-Welt-Strategie der Landesregierung?**

Im Koalitionsvertrag heißt es „Wir werden die Eine-Welt-Strategie des Landes an die neuen internationalen politischen Realitäten anpassen.“ (Zeilen 6668-6669). Bitte erläutern Sie, wie die überarbeitete Eine-Welt-Strategie der Landesregierung aussieht.

Wir bitten die Landesregierung um jeweils einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL